

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: P. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Köste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: P. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gunsbittel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergepalt. Beitzelle od. deren Raum 30 A,
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenermittlungen 10 A pro Beitzelle.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Klassenkampf und Sozialismus.

Wie häufig kommt es vor, daß Leute in Verkennung näherer Umstände, ohne sich über das Wesen und den Ursprung irgend einer Sache, eines Problems, Gewißheit zu verschaffen, zu einer ganz falschen Auffassung gelangen und Urtheile fällen, die den wirklichen Verhältnissen, dem wahren Thatbestande diametral gegenüberstehen. So meinen noch heute sehr Viele, daß der Sozialismus ein Hirngespinnst einzelner Individuen sei und weder eine feste Grundlage noch eine Berechtigung habe, obgleich heute der Sozialismus von den Gegnern desselben ohne Weiteres zugestanden wird. Trotzdem, wie die Thatsache beweist, er sich in mehreren Welttheilen durchgerungen und Fürstenthronen in's Wanken gebracht hat, Millionen Anhänger zählt, deren Forderungen sich die herrschende Klasse nicht verschließen kann, behaupten dennoch verschiedene Leute, daß der Sozialismus nur das Produkt einiger „Geher“ sei. Ähnliche Aeußerungen hören wir nicht selten, wenn von einem Klassenkampf die Rede ist. Solche und ähnliche Anschauungen stehen mit der realen Wirklichkeit in direktem Widerspruche. Der Sozialismus zeigt uns die tatsächlichen Verhältnisse und das Wesen der modernen Gesellschaft und ihre Beziehungen zu den Interessen der arbeitenden bezugslosen Klasse. Ist der Sozialismus der theoretische Ausdruck der tatsächlichen Verhältnisse, so ist der Klassenkampf eine geschichtliche Thatsache, die anzuerkennen wir der großen Masse des Volkes durch stete Belehrung und Agitation zum Bewußtsein bringen. Die ursächlichen Elemente des Sozialismus, die Großproduktion mit ihrer kapitalistischen Ausbeutung, sie waren schon vorhanden, mindestens aber in der Entwicklung begriffen, sie wurden von denjenigen denkenden Männern, die sowohl die Bedeutung als auch die Tendenz der Entwicklung erkannten, vorgefunden und lag es nur an ihnen, nachzuweisen, daß dieselbe im Interesse der Gesellschaft nothwendig sei.

Es handelte sich also nicht um ein Erfinden der Grundlagen des Sozialismus, sondern um deren Ausbau zum Wohle der Menschheit. Was bezüglich des Auffindens der Grundlagen des Sozialismus gilt, hat auch Bezug auf den Begriff des Klassenkampfes.

Der Klassenkampf zwischen Junker und Bauer, Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, war zu jener Zeit schon eine vollendete Thatsache, und mußte eine solche sein, bevor sein Wesen ergründet und von einem logischen Begriffe überhaupt die Rede sein konnte. Wir haben im Völkerverein und Gesellschaftsleben nicht wie auf manch anderem, sagen wir philosophischem Gebiete mit Hypothesen und Theorien, sondern mit der realen, nackten Wirklichkeit zu thun. Bei Bestrebungen auf Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse muß immer an das Bestehende angeknüpft werden, das schon Vorhandene und bisher Geschaffene als Grundlage haben, und soweit es von Bestand ist, in sich aufnehmen. Dieser Auffassung entspricht der Sozialismus nach jeder Richtung, der Sozialismus fordert die Gleichberechtigung alles Dessen, was Menschenanliege trägt, ohne Unterschied des Geschlechts, in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Beziehung; dieser zu verwirklichende Gedanke ist nichts Neues. Schon in alter Zeit finden wir bei einzelnen Völkern wenn auch nicht sozialistische, so doch kommunistische Einrichtungen vor, und auch in neuerer Zeit sind viele Einrichtungen geschaffen worden, die wenigstens einen äußeren sozialistischen Charakter tragen. Das, was heute in der Theorie vorhanden ist, will der Sozialismus zur Thatsache, zur Wirklichkeit machen.

Der Sozialismus fordert mit Recht, da Millionen von Menschen sich mit ihm in Einklang befinden, ihr Denken, Fühlen und Empfinden in ihn aufgegangen ist, die Ueberführung der gesellschaftlichen Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft zum Wohle und zum Gebrauch derselben. Diese Forderung stützt sich auf die Thatsache, daß ein großer Theil der Produktionsmittel der heutigen Gesellschaft bereits einen allgemein gesellschaftlichen Charakter angenommen haben und zum persönlichen Gebrauch oder Nutzen garnicht mehr angewendet werden können.

Wenn man nun annehmen wollte, daß für den vor unseren Blicken sich vollziehenden Umwandlungs- und Zerlegungsprozeß allgemeines Verständnis, namentlich bei den besitzenden Klassen zu finden oder zu erwarten wäre, irrt man sich, in diesen Kreisen hat der Eigenthumsbegriff, die vermeintliche Annahme, daß der Privatbesitz unter keinen Umständen angetastet werden dürfe, so feste und tiefe Wurzeln geschlagen, daß es nur wenigen Angehörigen der besitzenden Klasse plausibel zu machen ist, daß die Sozialisirung des Eigenthums an Produktions- und Existenzmitteln eine Naturnothwendigkeit ist. Nichtsdestoweniger giebt es eine ganze Anzahl Leute, dem Stande der Besitzenden angehörig, die, obgleich sie den Sozialismus garnicht kennen, oder nicht kennen wollen, ihm feindlich gegenüberstehen, ihn bekämpfen bis auf's Aeußerste mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln, sich trotzdem unbewußt mit dem Gedanken und den Grundlagen des Sozialismus befreundet haben. Wir erinnern nur an die Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Telegraphen, die Kommunalisirung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen. Man sieht also hieraus sehr deutlich, daß die heutige Produktionsweise in ihrer Konsequenz zur Sozialisirung führt.

Wer sich also, dem Drude der Verhältnisse sich fügend, dazu herbeiläßt, der Verstaatlichung der Verkehrsmittel, der Kommunalisirung der für Gemeinden nothwendigen Einrichtungen das Wort zu reden, der wird auch, wenn er konsequent sein will, d. h. sich mit seinen nach dieser Richtung hin vertretenen Anschauungen nicht selbst in's Gesicht schlagen will, sich auf die Dauer der Stellungnahme zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht entziehen können.

Der Sozialismus ist also das natürliche Produkt der kapitalistischen Gesellschaft und findet seine Ursache, sein Entstehen in der gegenwärtigen modernen Produktion. Der Sozialismus veranlaßt die Massen zum Empfinden, zum Denken, obgleich sie die Uebereinstimmung ihres Willens mit dem Grundgedanken des Sozialismus nur erst sehr unvollkommen erkannt haben.

Der Sozialismus erstreckt nicht allein die Eigenschaften der Arbeit, der Kultur, der Zivilisation der Gesellschaft zu erhalten, sondern will diese auch allen Gliedern derselben zugänglich machen. Wir sagten schon oben, daß, wenn der Sozialismus eine gesellschaftliche Nothwendigkeit wäre, sei der Klassenkampf eine Thatsache. Alle auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiete hervortretenden Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen der ausbeutenden und ausgebeuteten Klasse werden im Klassenkampf zum Ausdruck gebracht, sei es mit Forderungen an die Gesetzgebung, deren Kante die herrschende Klasse in Händen hat, oder sei es durch Streiks und Boykotts. Damit sagen wir nicht, daß die Arbeiter den Unternehmern, den Kapitalisten, ihren Arbeitgebern als Klasse gegenüberstehen sollen, keineswegs, wir wollen an der Hand von Thatsachen nur die Wirklichkeit des Klassenkampfes nachzuweisen suchen.

Die Klassenmerkmale der herrschenden und aus-

beutenden Klasse sind, sich infolge des Besitzes der Produktionsmittel und der Macht, welche ihnen sonst und meist nur auf Grund ihres Besitzes zu Gebote steht, in den Bereich des Arbeitsertrages der bezugslosen arbeitenden Klassen zu setzen.

Daß sich die Klasse der Arbeiter dagegen wehrt, ist ihr gutes Recht, und gerade die Erkenntniß, daß sie weiter keinen Besitz als ihre Arbeitskraft ihr Eigen nennen und sie diese, bei Strafe des Verhungerns, so theuer wie nur möglich zu verkaufen gezwungen sind, also nicht wollen, daß sie in unverantwortlicher Weise zu jedem Preise ausgebeutet werden, gerade diese Erkenntniß ist es, welche die Bezugslosen als Klasse verbindet und ihnen in der Organisation die Möglichkeit gewährt und den Weg zeigt, wie sie sich gegen Ausbeutung und sonstige Anmaßungen der Besitzenden schützen können.

Die Klassengegensätze machen sich auf ökonomischem Gebiete in dem Bestreben der Unternehmer dadurch bemerkbar, daß dieselben ihre Profite, ihre „Entbehrungslöhne“ und Dividenden auf Kosten des Arbeitslohnes ihrer Arbeiter möglichst zu vermehren suchen, und andererseits in dem Bestreben der Arbeiter, ihre Löhne auf Kosten des Unternehmerrückgewinnes zu steigern, um sich eine bessere Existenz, eine bessere Lebensstellung zu erringen.

Die ganze kapitalistische Produktionsweise liefert uns für den ersten Fall die schlagendsten Beweise. Infolge der Theilung der Arbeit stellt der Kapitalist ungelernete Arbeiter ein, die er mit niedrigeren Löhnen abspießen kann, als gelernte Arbeiter; durch die Verlängerung der Arbeitszeit verringern sich die Produktionskosten wieder um ein Bedeutendes, der Mehrwerth, welcher aus den Knochen der Arbeiter herausgeschlagen wird, er füllt den Unternehmerrückel. Der Betrag, welchen der Kapitalist bei angeblich schlechter Geschäftskonjunktur, gewöhnlich aber bei Gerannahen des Winters den Arbeitern von den Hungerlöhnen im Abzug bringt, ist haar verdient und wandert zu den übrigen Kapitalisten, und so geht's fort; wo sich dem Kapitalisten Gelegenheit bietet, sein Schäfchen zu scheeren, nimmt er sie wahr, unbedünmert darum, wie viele seiner Arbeiter oder sonst von ihm abhängige Personen darunter leiden und sich deshalb Entbehrungen auferlegen müssen; für ihn ist die Hauptsache die, so schnell wie möglich eine geicherte Lebensstellung zu erringen. Dies ist der Klassenkampf in der kraßesten Form.

Der Klassenkampf der bezugslosen Klasse tritt in nicht weniger scharfer Form auf, die großen Streiks der letzten Jahre sprechen manch beredtes Wort dafür. Auch auf politischem Gebiete treten die Klassengegensätze in unverkennbarer Form hervor, so bei der Gesetzgebung und Klassenjustiz. Zu oft schon hat sich der kraße Gegensatz zwischen Besitzenden und Bezugslosen auf dem Gebiete der Gesetzgebung gezeigt; schlimmer noch bei der Klassenjustiz, denn nirgends hat man sich wohl mehr von dem Grundsatz leiten lassen, daß, „wenn zwei dasselbe thun, es doch nicht dasselbe ist“; durch zahllose Beispiele ließe sich das bekräftigen. So treten uns auch auf sozialem Gebiete die Klassengegensätze auf jedem Schritt entgegen. Ziehen wir nur einen Vergleich zwischen den Hütten, den Wohnungen der Armen und den Palästen der Reichen, den Besuchern der Theater, der Konzertsäle, bilden wir hinaus auf die Straße, sehen wir uns die Menschen an, und sofort werden wir unterscheiden können, welcher Klasse dieselben angehören. So können wir die Klassengegensätze in jeder Form beobachten, in der Presse wie auch im Verkehrs- und Geschäftsleben.

Keinem unbefangenen Beobachter wird die Tatsache entgangen sein, daß die Klassenkämpfe sich im Laufe der letzten Jahrzehnte infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse, hervorgerufen durch die privatkapitalistische Produktionsweise, immer mehr und mehr verschärft haben, und mit fast mathematischer Genauigkeit wird er den Zeitpunkt berechnen können, an welchem sich die Gegensätze dermaßen zugespitzt haben werden, daß die Ablösung der heutigen Gesellschaft durch die sozialistische zur Naturnotwendigkeit geworden ist.

Mag die besitzende Klasse diese Notwendigkeit heute auch noch nicht anerkennen wollen, die Zukunft wird sie ihr begreiflich machen.

Arbeiteraufstände in Sizilien (143—132 v. Chr.).

Von Brutus.

I.

„Alles schon dagewesen!“ sagt der weise Rabbi Ben Akiba, und es scheint, als sollte er wieder einmal Recht behalten. Denn der Aufstand, welcher augenblicklich auf der Insel Sizilien tobt und nicht bloß ganz Italien in Angst und Schrecken setzt, sondern auch die Augen ganz Europas auf sich zieht, gleicht in seinen Ursachen und Zielen demjenigen Aufstande, welcher vor ungefähr 2000 Jahren dort ausbrach, wie ein Ei dem anderen. Wie mir deucht, sind den Lesern dieser Zeitung die augenblicklichen Vorgänge auf der alten Trinakria, der Kornkammer Roms, aus Zeitungs- und anderen Berichten hinlänglich bekannt. Ich habe deswegen nicht nöthig, das Elend zu schildern, worin das sizilianische Proletariat schmachtet, ebenso die Beruhigungsmittel, welche die italienische Regierung unter Führung des Revolutionärs a. D. Crispi anwendet. Das ist Alles bekannt, so bekannt, daß selbst deutsche Bourgeoisblätter mit pharisaischem Augenverdrehen sprechen: „Gott, wir danken dir, daß es bei uns zu Lande nicht ist, wie auf Sizilien!“

Es möchte nun vielleicht für ein deutsches Arbeiter-Republikum von Interesse sein, einmal an der Hand der Geschichte einen Rückblick zu thun in's graue Alterthum, und deshalb will ich es versuchen, in Anlehnung an einen alten Schriftsteller, zu schildern den Arbeiteraufstand auf Sizilien, welcher wahrte vom Jahre 143—132 vor unserer Zeitrechnung. Dieser alte Schriftsteller heißt Diodorus, mit dem Beinamen Siculus, der Sizilianer. Allerdings selbst ein Mitglied der herrschenden „Ordnungsparteien“ damaliger Zeit, zeichnet er sich doch durch verhältnismäßige Objektivität vortheilhaft von anderen gleichzeitigen Schriftstellern aus. Hinzu kommt noch, daß er als geborener Sizilianer den Schauplatz der Bewegung kannte und mit den einschlägigen Verhältnissen genau vertraut war.

Zunächst wird es nöthig sein, in allgemeinen Umrissen ein Bild jener Zeitperiode zu geben, um so den Boden — das Milieu, würde man sich modern ausdrücken — kennen zu lernen, worauf jene sozialen Umwälzungen emporsprossen.

Das römische Reich stand zu jener Zeit so ziemlich auf dem Gipfel seiner Macht. Aus kleinen Anfängen hatte es sich allmählig zu einer Weltmonarchie entwickelt. Ganz Italien war römisch geworden, Karthago und Korinth waren zerstört, Nordafrika, Griechenland, Spanien, Kleinasien erobert, kurz, in allen Mittelmeerländern herrschte römisches Schwert, römisches Gefüß und römische Recht und römisches Geld. In diesen Weltreiche selbst war das Königthum beseitigt und an dessen Stelle ein demokratisches Regiment getreten, die Schutzaristokratie war zurückgedrängt, hatte aber — wie es auch heutzutage der Fall ist — einer Selbstherrschte Platz gemacht. Es würde uns zu weit führen, diesen Entwicklungsengang zu schildern, so interessant es auch ist, ihn zu verfolgen und Bergsteiger zu ziehen mit der modernen wirtschaftlichen Entwicklung; es muß uns genügen, zu konstatiren, daß die antike Selbstmacht es eben so gut verstand, die „kleinen Leute“, den „Pöbel“ zu drücken und auszunutzen, wie ihre modernen Nachkommen, und daß die Verhältnisse des Alterthums gleich wie die der Gegenwart unerschaufbar genug waren, sich als „die gedrückten und arbeitslosen Leute, die Ordnungsmänner und Erben des Staates“ hinstellen. Aber auch die Begleiterscheinungen unserer heutigen „Kultur“ fehlten damals nicht. Für Geld war Alles feil: dem Schuldschreiber seine Besessenen, dem Redner seine Junge, dem Staatsmann sein Einfluß, dem Gefandten sein Flunkern, dem Richter sein Eid, dem Feldherrn sein Ruhm, dem Soldaten sein Arm, dem Gemeinen das Bürgerrecht, dem jauchzenden Volke seine Wahlstimme, Italien Italien und Freiheit.

Alles, was der Reiz groß und schön und verführerisch erschien, war, demüthigt in dieser verlockenden Luft und nichts blieb zurück, als maßlose Selbstsucht und Habsucht nach Genuß, und all die

geistreiche Sophistik, mit welcher man die schale Speise des Lebens genießbar zu machen suchte. (Wer denkt hierbei nicht an die französischen Panama-Gründungen, die italienischen Bankskandale und die deutschen Welfenfondsquittungen?) „Wer Privateigentum entwerdet,“ jagt der alte Cato, „sitzt in Gefängniß und Banden; die öffentlichen Diebe gehen in Gold und Purpur.“ Und der König Jugurtha meinte bei seinem Abschied von Rom, indem er verächtlich die Achseln zuckte: „Ganz Rom ist feil, wenn sich nur ein Käufer findet.“

Nun ruhte bekanntlich die ganze alte Kultur auf der Sklavenarbeit, da die Arbeit, d. h. die Arbeit, welche des Erwerbs wegen geleistet wurde, eines freien Mannes unwürdig schien. In älterer Zeit, unter einfachen Verhältnissen, wo der Ackerbau die einzige Nahrungsquelle bildete, war die gesellschaftliche Stellung der wenigen, gewöhnlich durch Kriegsgefangenschaft, selten durch Kauf erworbenen Knechte nicht sehr abweichend von der des Herrn. Mit dem Aufkommen erweiterten Verkehrs und vielfältiger Industrie wuchs die Zahl der unfreien Arbeiter und überstieg gar bald die der freien Bürger.

Das Kapital brachte in der Stellung der Sklaven zum Herrn etwa dieselbe Umgestaltung hervor, wie die heutige Großgüterwirtschaft und der Fabrikbetrieb durch große Geldmänner oder Aktiengesellschaften im Gegensatz zum Kleinbauern und Kleinhandwerker. Das frühere persönliche Band zwischen Herrn und Sklaven wurde bedeutend gelockert oder gänzlich zerschnitten, der Mensch vollständig zur Sache, zum bloßen Mittel des Gelderwerbs herabgewürdigt, das man insgemein nicht mehr achtete als ein nothwendiges Geräthe, dessen Zerstörung Kosten für die Neubeschaffung verursachen würde. Daneben zeichnete sich die antike Wirtschaft, weil ohne Maschinen und vervollkommnete Werkzeuge arbeitend, durch die Massenhaftigkeit der angewandten Arbeitskräfte aus. Es ist ein vielverbreiteter Irrthum, zu glauben, die Alten hätten keinen Fabrikbetrieb gekannt, im Gegentheil, es gab bedeutende Stablfabrikanten, worin Waaren in Masse, fabrikmäßig hergestellt wurden, nur mit der einzigen Einschränkung, daß die Maschinenarbeit unbekannt war. Es gab demnach außer den Haus-, Hirten- und Ackerbauklaven auch zahllose Fabrikklaven, zu denen noch die Bergwerksklaven hinzutreten. Die Lage dieser Sklaven war die denkbar elendeste, aber auch die freien aber armen Bürger schmachteten im Elend, waren dem Pauperismus verfallen. Plutokratie (Geldherrschaft), Pauperismus und Sklaventhum, das war der dreigliederige Ring, welcher die antike Gesellschaft umschloß und in Banden schlug.

Man würde den antiken Staatsmännern Unrecht thun, wenn man leugnen wollte, daß sie nicht ebenso wie die modernen „Staatsretter“ Versuche gemacht haben, die soziale Frage zu lösen, allerdings gleichfalls nach dem beliebten Motto: „Wasch mir den Pelz und mach' ihn nicht naß!“ Kolonisation, Panem et circenses (Brot und Spiele), Theatergeld, Ekklesiastenlohn, Kranken- und Invalidenversicherung, Verstaatlichung der Sklavenarbeit, das waren die Mittel der praktischen Sozialreform; Kommunismus, bis zur völligen Güter- und Weibergemeinschaft, waren theoretische Vorschläge damaliger Zeit. Die Nationalökonomien jener Zeit waren von der Schleichheit und Unproduktivität der Sklavenarbeit überzeugt und andererseits verkannten sie auch nicht die eminente Gefahr, welche dem Staatswesen durch die Masse der unfreien Arbeiter drohte; den modernen Sozialisten vergleichbar, prophezeiten sie den Zusammenbruch des Staates, wenn nicht rasch und energisch Wandel geschaffen wurde — sie predigten tauben Ohren. Die herrschenden Klassen, gekränkt auf ihre wirtschaftliche und politische Macht, spotteten dieser „Unglücksgerächze“ und waren der irrigen Meinung — ganz wie bei uns —, daß man soziale Bewegungen durch Polizeigewalt oder Bajonnette niederhalten könne, jedoch „Bajonnette sind zu vielen Dingen nütze,“ jagt ein kluger Mann, „man kann sich nur nicht d'rauf setzen.“

So sehen wir denn auch die Staatsgewalt, die „gorgewollte Ordnung“ im beständigen Kampfe einerseits mit den arbeitslosen freien Bürgern, dem Proletariat, andererseits mit den aufständischen Sklaven. Ein Sklavenaufstand drängte den anderen; war der eine mit Waffengewalt niedergeschlagen und in Blut und Schmutz ersinkt, so brach ein anderer wieder aus. Während die Sieger die Freiheit zu Boden traten und wie Schwefelbliegen auf einem offenen Grabe, auf den Gräbern der Ermordeten herumtanzten und ihr Siegesgeheul anstimmten, erhoben sich an einer anderen, ferneren Stelle bereits wieder neue Freiheitskämpfer in Masse. Bereits im Jahre 419 v. Chr. verschwor sich eine Anzahl römischer Sklaven, zur Nachtzeit Rom an allen Ecken zugleich in Brand zu stecken und

unter der allgemeinen Verwirrung sich der Burg und des Kapitols zu bemächtigen. Der Anschlag wurde verrathen, die Räbelsführer ergriffen und gekreuzigt. Im Jahre 217 wurden zu Rom, wie Livius erzählt, 25 Sklaven, die sich auf dem Marsfelde verschworen hatten, an's Kreuz geschlagen. Jetzt überstürzten sich die Sklavenaufstände förmlich, in Latium im Jahre 198, 2000 Schulbige wurden hingerichtet; im Jahre 196 empörten sich die Ackerbauklaven in Etrurien, nach heftigem Kampfe wurden die Aufständigen zersprengt und viele Tausende getödtet. Von 192—182 wütheten die Sklavenaufstände in Tarent usw. usw.

Alle diese Sklavenaufstände waren ein deutlicher Mahnruf an die herrschende Klasse, nachzudenken und, wenn irgend möglich, diesem verderblichen Wirtschaftssystem Schranken zu setzen, das noch nicht so weit fortgeschritten war, daß man an einer Heilung der Schäden hätte verzweifeln müssen. Aber der Ruf verhallte, der Egoismus der Besitzenden war stärker als die Sorge für das Gemeinwohl. Zugleich aber auch bestätigten sie die bekannte Lehre, daß die furchtbaren Massenbewegungen nicht künstlich gezüchtet werden und auch nicht urplötzlich wie Miesen aus der Erde wachsen. Keine Wirkung ohne Ursache, das gilt auf physischem wie auf sozialem Gebiete. Ein Tropfen rinnt nach dem anderen, ein Stein bröckelt los und wieder einer; wer kann sagen, wann der ganze Felsen in die Tiefe stürzt, wer die Verwüstungen ermessen, welche er anrichten wird? Das eben ist das Verhängnißvolle solcher einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung, daß Diejenigen, welche mitten inne stehen, sei es aus Gedankenlosigkeit, sei es infolge Trägheit und Hartnäckigkeit, mit welcher der Durchschnittsmensch an altgewohnten Einrichtungen festhält, die ganze Gefahr der Lage entweder garnicht oder erst dann bemerken, wenn mit den gewöhnlichen Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr auszukommen ist und die harten Fäuste der Massen an die Schranken befestigter Sonderinteressen und überkommener Anschauungen pochen.

Eine solche Zeit war unmittelbar nach der Mitte des zweiten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung eingetreten. Die Masse der Sklaven schwoll in erschreckender Proportion an und dementsprechend wuchs auch ihr Elend. Ist es da zu verwundern, daß sich das arme, geknechtete Volk, das ja eben so gut Menschen anlich trägt wie die Reichen, das eben so gut wie die Reichen ein Sehnen nach Glück und Freiheit in seiner Brust birgt, erhebt wie ein Mann und seine Reiner und Dränger angreift? Die alte Gesellschaft war morsch, verfault bis in's innerste Mark hinein, grenzenloser Luxus, sittliche Haltlosigkeit und religiöser Aberglaube die Synatur der Zeit. Der alte, naive Glaube an das Wesen und Walten der Götter war verschwunden, und an dessen Stelle trat Blasphemie, Atheismus und zugleich ein lächerlicher Aberglaube, dem sich bankrotte Völker bekanntlich so gern in die Arme werfen. (Vergl. den Spiritismus, Occultismus u. der heutigen oberen Zehntausend.)

Das war der Hintergrund, auf welchem sich der große sizilianische Sklavenaufstand abspielt. Ihn zu schildern, sei unserem nächsten Artikel überlassen.

Die Beziehungen der Aerzte zu den Berufs-Genossenschaften.

Da diese Frage kürzlich im Reichstage zur Verhandlung stand und seitens unserer Partei der Abgeordnete Ulrich auf die vielfachen Mißstände hinwies, welche innerhalb der Berufs-Genossenschaften bestehen, und auch die Nachtheile, welche für die Arbeiter durch einseitige Entscheidungen, theilweise begründet auf ebenso einseitige Gutachten von Vertrauensärzten der Berufs-Genossenschaften, erwachsen, rüchichtslos aufdeckte, scheint es nicht interesselos zu sein, zu erfahren, wie die Aerzte selbst über diesen Gegenstand denken. Wir bringen deshalb in Nachstehendem einen kurzen Auszug über deren Stellungnahme auf dem Aerztestage der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin am 10. Februar 1894.

Der Referent, Herr S. Martuse, hat zu dem obigen Thema folgende Thesen aufgestellt:

A. Die Aerztekammer wolle beschließen, bei den zuständigen Behörden zu beantragen:

1. Die §§ 16, 47 und 87 des U.-S.-G. vom 16. Juli 1884 dahin abzuändern, daß a) in die Vorstände der Berufs-Genossenschaften, bezw. deren Sektionen, b) in die Schiedsgerichte und c) in das Reichsversicherungsamt je ein Arzt mit Sitz und Stimme gewählt wird.

2. Den § 51 des U.-S.-G. dahin zu ändern, daß der ersten Instanz ein auf Kosten der Berufs-Genossenschaft auszufällendes ärztliches Attest beizufügen ist.

3. Den § 54, 2 dahin zu ändern, daß zu den durch das Gesetz vorgeschriebenen Untersuchungen des Unfalls seitens der Ortspolizeibehörde ein ärztlicher Sachverständiger auf Kosten der Berufs-Genossenschaft zugezogen werden muß.

B. Die Aerztekammer wolle beschließen, sich mit folgenden Grundätzen einzubehalten zu erklären:

1. Der Vertrauensarzt einer Berufs-Genossenschaft soll, soweit dies thunlich ist, die Behandlung des durch einen Unfall Verletzten nicht übernehmen.

2. Der Vertrauensarzt einer Berufs-Genossenschaft soll nicht zu gleicher Zeit Inhaber einer Klinik, eines Massageninstituts,

eines medico-mechanischen Instituts oder Leiter eines Krankenhauses sein.

3. Die Errichtung von Unfallstationen in Berlin, verbunden mit stationären Kliniken, wie sie vier Berufsvereinigungen, mit und zwar die der Brauerei- und Mälzerei-V., die chemische Industrie-V., die Spektre-, Speicherei- und Kellerei-V., sowie die Norddeutsche Holz-V. bereits ausgeführt haben und noch weiter auszuführen beabsichtigen, schädigt die Interessen der Unfallverletzten und des ärztlichen Standes.

Der Referent, Herr S. Markuse, giebt einen geschichtlichen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Berufsvereinigungen, die darauf abzielten, den Ärzten eine ihrer würdigeren Stellung zu verschaffen. Den Verhandlungen mit dem Verbands der deutschen Berufsvereinigungen vermag M. keine große Bedeutung beizumessen, weil nicht alle Berufsvereinigungen diesem Verbands angehören und auch nicht alle zur Ausführung der Beschlüsse verpflichtet sind. Auf die Frage der Obergutachterkollegien will er nicht eingehen, weil die Kammer schon früher darüber Bescheid gefaßt hat und sich infolge eines ministeriellen Schreibens demnachst von Neuem mit diesem Gegenstande zu beschäftigen haben wird.

Dafür, daß in den Vorständen der Berufsvereinigungen und Sektionen sowie im Reichsversicherungsamt ein Arzt Sitz und Stimme haben soll, hat sich bereits der 20. deutsche Arztetage ausgesprochen. M. meint, daß dadurch nicht nur die Ärzte eine würdigeren Stellung erhalten, sondern auch die Verhandlungen der betreffenden Körperschaften, bei denen es sich z. B. ja um ärztliche Fragen handelt, schneller verlaufen werden. Die Mitwirkung im Vorstande sei wichtig bei Erlass von Vorschriften über Unfallverhütung, bei Ueberwachung der Betriebe in Bezug auf sanitäts-polizeiliche Maßnahmen, bei Prüfung des Thatsachens, der sich aus den von der Polizei angefertigten Untersuchungen ergibt, bei Anstellung der Vertrauensärzte für die Berufsvereinigungen (woraus Referent besonderen Werth legt), bei der Prüfung der eingegangenen Atteste und bei der Feststellung der Rente. Im Reichsversicherungsamt hält Referent die Mitwirkung für wichtig bei der Beaufsichtigung der Genossenschaften in Betreff der Einrichtungen zur Unfallverhütung, beim Erlass von allgemeinen Vorschriften in sanitäts-polizeilicher Beziehung und bei den Entscheidungen des Reichsversicherungsamts im Revisionsverfahren. Diese Forderungen gehen seiner Ansicht nach nicht zu weit. Dafür, daß die Entscheidung über Rentenfestsetzung in der höheren Instanz unter Zugziehung unparteiischer, ärztlicher Sachverständigen erfolgt, haben sich die Berufsvereinigungen selbst ausgesprochen. M. glaubt deshalb, daß diese Forderungen keinen bedeutenden Widerstand finden werden.

M. geht aber noch weiter als der Arztetage und wünscht, daß auch bei den Schiedsgerichten die Ärzte Sitz und Stimme haben. Er befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Vertrauensärzte der Berliner Schiedsgerichte, Dr. Blasius, der in seinem Buche „Unfallgesetz und Arzt“ erklärt habe, ein Schiedsgericht ohne richterlichen Beistand könne nicht bestehen; demnach aber könne er sich das Schiedsgericht eher ohne richterlichen als ohne ärztlichen Beistand denken.

Die Mitwirkung des Arztes im Schiedsgericht hält M. für erforderlich, erstens bei der Prüfung der eingegangenen ärztlichen Berichte und Gutachten, zweitens bei der Feststellung der Rente für die Unfallverletzten.

Zur Begründung der These 2 verliest Referent § 51 des Unfallversicherungsgesetzes, wonach für jeden in einem Versicherungsbetriebe vorkommenden Unfall, durch den eine Person getödtet wird oder eine körperliche Verletzung erleidet, welche Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hat, seitens des Betriebsunternehmers nach einem vorgeschriebenen Formular Anzeige an die Ortspolizei erfolgen muß. Darin liegt eine große Gefahr für den Verlauf aller sich an den Unfall anschließenden Verhandlungen. Wird ein Unfall als unerheblich gemeldet, so hat die Berufsvereinigungen keine Veranlassung, sich darum zu bekümmern, und durch Unkenntniß der Leidenden wird der Thatsachens oft noch verdunkelt. Mit Recht werfe Dr. Golebienski die Frage auf, was denn die Betriebsunternehmer für eine Kenntniß von der Verletzung und deren voraussetzlichen Folgen haben könnten. Erweist sich ein Unfall nachträglich doch als schwer, so könne sich selbst der tüchtigste Arzt aus dem Dunkel, das über den Fall entstanden ist, nicht mehr herausfinden. Referent führt zum Beweise einige Fälle aus dem Buche von Golebienski an, beispielsweise, daß sich eine als Daumenquetschung gemeldete Verletzung später als Radiusbruch mit Lähmungserscheinungen erwies. Daher empfehle sich die in A 2 vorgeschlagene Abänderung des § 51. M. legt Gewicht darauf, daß die Kosten des Attestes von der Berufsvereinigungen getragen werden; sie können jedenfalls in keinem Vergleich zu den vielen Vortheilen, die ein solches Attest gewähre. Die Krankenkasse könne die Kosten nicht tragen, denn sie habe kein Interesse daran, zu ermitteln, wie der Unfall stattgefunden hat.

In Fällen, wo Jemand voraussichtlich infolge der Verletzung sterben oder 13 Wochen krank sein wird, habe die Ortspolizeibehörde bei der ihr gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchung nicht das Recht, Sachverständige zuzuziehen, sondern sie müsse warten, bis der bezügliche Antrag von der Berufsvereinigungen gestellt werde. Offenbar sei aber hierbei ärztliche Hilfe erforderlich. Das schreibe auch der § 16 des der französischen Kammer vorgelegten Gesetzentwurfs vor.

B 1 begründe sich damit, daß das jetzige Verhältnis der Vertrauensärzte zu den behandelnden Ärzten viele Mißverständnisse hervorgerufen habe. Die Ärzte, die einen freien Beruf ausüben, fühlen sich durch die Möglichkeit, daß ein anderer eingreift, verstimmt; sie erleiden dadurch auch oft materiellen Schaden, weil die ihrer Behandlung unterstellten Personen in die Behandlung des Vertrauensarztes eintreten können.

Referent geht aber nicht so weit, daß er die Vertrauensärzte ganz abgeschafft wissen will; er hält es nicht nur für ein Recht, sondern für eine Pflicht der Berufsvereinigungen, einen Vertrauensarzt zu wählen, weil sie sonst der Willkür anderer Ärzte in bedenklicher Weise ausgesetzt sein könnten. Er würde ein solches Verlangen auch für einen Eingriff in die Freiheit der Berufsvereinigungen halten. Jedoch könne man wenigstens den Grundsatß feststellen, daß die Vertrauensärzte, soweit thunlich, nicht die Behandlung der Verletzten übernehmen. In Berlin und anderen Mittelpunkten der Industrie werde sich dieser Grundsatß ohne Weiteres durchführen lassen. Thatsächlich habe sich das Verhältnis bei den Berliner Berufsvereinigungen auch bereits so gestaltet, daß nur in wenigen Fällen der Vertrauensarzt zugleich auch der behandelnde Arzt ist. In der Provinz werde sich das nicht überall durchführen lassen. In Berlin seien bisher sehr wenig Differenzen zwischen den Vertrauensärzten

und den behandelnden Ärzten vorgekommen. Das habe aber nicht darin seinen Grund, daß die Vertrauensärzte nur als begutachtende Ärzte angestellt seien, sondern darin, daß der § 76 vorläufig wahrscheinlich der Kostenersparniß halber noch nicht von den Berufsvereinigungen so angewandt werde, wie es der Gesetzgeber gemeint habe. Da aber eine Aenderung jeden Augenblick eintreten könne, empfehle es sich, die These anzunehmen.

Der in B 2 ausgesprochene Grundsatß lasse sich überall ohne Einschränkung durchführen. Ueber Verletzte, die sich in seinem eigenen Institut befinden, könne der Vertrauensarzt, selbst ohne jede mala fides (ohne treulose, böse Absicht), kein unparteiisches Urtheil abgeben. Schwerlich werde ein Vertrauensarzt, der ein Massageinstitut besitze, einen Patienten in ein medico-mechanisches Institut schicken, weil er sehe, daß die Massage nichts nütze, oder umgekehrt.

Die Errichtung von Unfallstationen (B 3) sei aus verschiedenen Gründen zu verwerfen. Bei den vier Stationen in Berlin hätten sich die Berufsvereinigungen den Inhabern gegenüber auf fünf Jahre verpflichtet, die Verletzten gegen eine Entschädigung von M. 4 pro Tag hineinzuschicken. Dadurch würden die Ärzte von den Berufsvereinigungen abhängig. Ein weiterer Grund gegen die Stationen sei ihr Zusammenhang mit stationären Kliniken. Ein Bedürfnis zu solchen Stationen liege nicht vor. Ärztliche Hilfe sei leicht zu erlangen, jedenfalls leichter durch die zahlreichen freien Ärzte, als durch vier oder mehr solcher Stationen. Durch die Bezahlung von M. 4 pro Kopf und Tag für die in den Stationen befindlichen Unfallverletzten gegenüber den M. 2, die für Krankenkränke gezahlt werden, würden zwei Klassen von Kranken geschaffen. Unzweifelhaft müsse durch die Ungleichheit der Bezahlung für Kranke, die derselben Gesellschaftsklasse angehören, Unfrieden erregt werden. Auch für die Ärzte seien die Unfallstationen bedenklich, denn dadurch werde dem Patronagesystem (Jemanden bevorzugen, begünstigen) Thür und Thor geöffnet. Man müsse auch berücksichtigen, einen wie großen Vorrath der Inhaber einer solchen Station vor den übrigen Chirurgen Berlins habe. Den anderen Ärzten werde viel Lehrmaterial entzogen.

Der Referent empfehle deshalb die Annahme seiner These. Gegen den Vorschlag, „den Ärzten eine Stimme im Reichsversicherungsamt als Richter einzuräumen“, sprechen sich mehrere Ärzte aus, weil sie befürchten, im Reichsversicherungsamt könne der Arzt durch seine stimmberichtigte Mitgliedschaft leicht das Uebergewicht erlangen, und dann durch einen Irrthum, den er begehe, ungläubliches Gland anrichten, da es gegen Urtheile des Reichsversicherungsamtes keine Abhilfe gebe.

Mehrere Ärzte sind der Ansicht des Referenten, indem sie darauf hinweisen, daß ja jetzt im Schiedsgericht als auch im Reichsversicherungsamt neben den Richtern auch Laien bei den Sprüchen mitwirken, es wäre um so notwendiger, den Ärzten eine Stimme einzuräumen, als vorwiegend ärztliche Fragen in Betracht kämen.

Nach längerer Diskussion werden sämmtliche vom Referenten aufgestellten Thesen angenommen.

Die Herren Kaiser und Wittauer stellen hierauf den Antrag, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß Vorklagen, die die Arbeiterchutzgesetzgebung betreffen, den Ärztekammern zur Besprechung und gutachtlichen Aeußerung zugehen möchten. Nach kurzer Diskussion erfolgte auch die Annahme dieses Antrages.

Man könnte sich wohl im Großen und Ganzen mit den Thesen des Herrn Markuse einverstanden erklären, wir glauben aber kaum, daß den Wünschen der Ärzte und denen der Arbeiter, die sich theils beden, seitens der Regierung Rechnung getragen werden wird.

Sozialpolitische Rundschau.

Ein schärferes Vorgehen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens scheint in Preußen geplant zu sein. Selbstverständlich kann sich das schärfere Vorgehen nur gegen die Sozialdemokraten und gewerkschaftliche Vereine richten, sonst hätte es ja gar keinen Zweck; Arbeiter- und Agrarvereine dürfen nach wie vor in Politik machen, fernermaßen sie die Stützen von Thron und Altar sind. Die Vordränge des Breslauer Regierungsbezirks sind durch den Präsidenten desselben bekannt gemacht worden mit einer vom Oberstaatsanwalt veranlaßten Zusammenstellung von gerichtlichen Entscheidungen, die zur Beurtheilung der Frage beitragen können, unter welchen Voraussetzungen gegen Vereine wegen Ueberziehung der §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes vorgegangen werden muß. Die Verfügung des Oberstaatsanwaltes, die für alle Vereinsvorstände von höchstem Interesse ist, lautet:

Unter politischen Gegenständen sind alle Angelegenheiten zu verstehen, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates und des Reiches, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander in sich begreifen. (Urtheil des Reichsgerichts vom 10. November 1887.) Zu letzteren gehören auch die mit dem heiligen Stuhle abgeschlossenen Konkordate.

Wirtschaftliche Fragen sind nicht unbedingt, wohl aber dann als „politische Gegenstände“ anzusehen, wenn eine Aenderung der bestehenden Zustände mittelst staatlichen Zwanges, staatlicher Einrichtungen oder gar mittelst Befreiung geltender Verfassungsgrundsätze erstrebt wird. (Urtheil des Reichsgerichts vom 18. März 1887.)

Das Gleiche gilt von sozialen Fragen; auch sie nehmen den politischen Charakter sofort an, wenn zu ihrer Lösung Mittel und Wege zur Geltung gebracht werden, welche eine Aenderung der bestehenden Einrichtungen und somit der geltenden Staatsgesetze zur Voraussetzung oder zur Wirkung haben. (Urtheil des obersten Obergerichts vom 2. Februar 1876.) Sofern daher eine Erörterung sozialer Fragen mit der Richtung auf Beeinflussung der staatlichen Einrichtungen und Anordnungen geschieht, wird die Erörterung zu einer politischen. (Urtheil des obersten Obergerichts vom 26. November 1875.)

Alle Bestrebungen einer Gesellschaft, die die gleichen oder gleichartige Ziele und Zwecke verfolgen, wie die neuere sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands, so in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung, Alters- und Invalidenversicherung, Arbeiter-Lohn, Normalarbeitszeit, Beschränkung oder Befreiung der Frauen- und Kinderarbeit, der industriellen Gefährdung, Einziehung einer besonderen Aufsichtsbehörde u. dergleichen, geben dem Verein den Charakter eines politischen, so bald sie in das praktische Gebiet der Verordnungen und die Organe der Thätigkeit des Staates für sich in Anspruch nehmen. (Urtheil des Reichsgerichts vom 10. November 1887.)

Sonach sind unter politischen Gegenständen im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes nicht bloß diejenigen begriffen, welche den Staat in Bezug auf seine Zwecke und in Bezug auf die zur Erreichung der letzteren anzuwendenden Mittel betreffen, also nicht bloß Gegenstände der Staatsrechtslehre oder Politik im engeren Sinne, sondern es gehört Alles dazu, was unter den Begriff der Staatswissenschaft zu subsumiren ist, also auch die Fragen der Nationalökonomie und der Sozialpolitik. (Urtheil des Kammergerichts vom 26. April 1887.)

Ob ein Verein als ein politischer im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes zu betrachten sei, ist nicht allein nach den Satzungen, sondern unter Berücksichtigung aller zur Kenntniß der Behörden gebrachten Thatsachen nach der konstatirten Thätigkeit des Vereins zu beurtheilen. (Urtheil des obersten Obergerichts vom 7. Oktober 1873 — 30. März 1874 — 30. April 1874.) Eine solche Thätigkeit ist stets dann als erwiesen anzunehmen, wenn politische Gegenstände in Vereinsversammlungen, sei es mit oder ohne Zustimmung der Vorsteher oder Leiter, sei es im Vortrage eines Redners oder in der Debatte erörtert worden. Ist ein zum Vortrage oder zur Besprechung gebrachter Gegenstand politischer Natur, so kommt es nicht darauf an, wie er demnachst erörtert worden. (Urtheil des obersten Obergerichts vom 26. März 1878.) Eine gleiche Beurtheilung wird aber auch dann eintreten haben, wenn der zum Vortrage oder zur Besprechung bestimmte Gegenstand an sich unpolitischer Natur ist, gleichwohl die Erörterung politischer Gegenstände in Abschwelgung von dem eigentlichen Thema stattfindet. Man wird also auch ein bloßes „Streifen“ politischer Gegenstände unbedenklich als eine Erörterung anzusehen haben.

Opportunitätsgründe, wie z. B., daß ein Einschreiten gegen den Verein Aufsehen erregen könnte, haben im Hinblick auf § 52 Abs. 2 der Str.-Pr.-Ordn. den Entschlüssen der Staatsanwaltschaft fern zu bleiben. Bei ablehnenden Gerichtsbeschlüssen und freisprechenden Urtheilen ist von den vorordneten Rechtsmitteln Gebrauch zu machen.

Im Anschluß hieran wird mit Rücksicht auf diese vom Oberstaatsanwalt gegebene Bestimmung des Begriffs der „politischen Gegenstände“ im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes seitens des Regierungspräsidenten noch auf die vom Kammergericht in konstanter Rechtsprechung gegebene Auslegung des Begriffs der „öffentlichen Angelegenheiten“ im Sinne der §§ 2-4 u. a. D., aufmerksam gemacht, wonach unter diesen Begriff nicht bloß Angelegenheiten politischen oder religiösen Inhalts, sondern auch alle die Gesamtheit oder auch nur einzelne Bevölkerungsklassen berührende Gegenstände, insbesondere auch die Gebiete der sozialen Interessen, fallen.

Das ist ein ganz hübsches Register, nach welchem wohl kaum noch ein Verein zu finden sein dürfte, der nicht schon öffentliche Angelegenheiten gestreift hätte und dieserhalb als unpolitischer Verein nicht behandelt werden dürfte.

Wie schon oben erwähnt, richtet sich natürlich das besagte Vorgehen nur gegen die Opposition, für welche auch gar keine „Opportunitätsgründe“ gelten sollen.

Die Arbeiter sind nicht allein unter dem bekannten Schandgesetze mit allen möglichen Mitteln in ihren staatsbürgerlichen Rechten beschränkt worden, auch nachdem hat man behördlicherseits alle Praktiken angewandt, die demselben Zwecke dienen. Alle Mittel, Arbeitervereine zu verfolgen, sind bereits angewandt worden, soweit die Gesetze irgendwie nur die Handhabe dazu boten; die vorstehenden Erkenntnisse beweisen das zur Genüge.

Die Arbeiter stehen dem neuen Vorgehen kühl gegenüber, sie werden sich auch mit dem neuen Ausnahmezustand abzufinden verstehen. Nur eines werden sie wohl verlangen dürfen, daß mit demselben Maß, mit dem man Arbeitervereine mißt, auch Kapitalistenvereine gemessen werden, daß man auch diesen gegenüber keine Opportunitätsgründe gelten läßt. Hätte man bisher schon gleiches Recht für Alle gelten lassen, würde mancher Verein der Innungsmeister, Unternehmer und Agrarier der Auflösung zum Opfer gefallen sein. Aber von dem gleichen Recht wissen doch Staatsanwälte nichts!

Die Butter des armen Mannes. Die „arbeiterfreundlichen“ Konservativen haben im Reichstage nun wirklich einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingebracht. Da durch die wahrscheinliche Annahme des russischen Handelsvertrages das Brot etwas billiger werden wird, wäre es doch auch höchst ungerecht, wollte man dem arbeitenden Volke noch billige Kunstbutter dazu gönnen. Also, Arbeiter, bluten müßt Ihr auf alle Fälle, so will es die göttliche Weltordnung und die — Götzen und Besten der Nation.

Die Krone der Sozialreform eine Versicherungs- und Unterkunftsanstalt. Daß der Verwaltungsapparat mehr Geld kostet als die Renten bezahlt werden, beweist der veröffentlichte Rechnungsabluß der württembergischen Versicherungsanstalt. Es wurden von derselben im abgelaufenen Kalenderjahr Quittungsmarken im Gesamtbetrag von M. 3 084 490,84 verkauft; die in diesem Jahre ausbezahlten Renten betragen nicht den zehnten Theil der Beiträge, nämlich M. 300 006,39; für Verfahren wurden M. 649,50 ausgelegt; die Verwaltungskosten betragen M. 173 043,60; dazu kommen noch für Erhebungen, schiedsgerichtliches Verfahren und Kontrolle zusammen M. 19 437,47, also Alles in Allem ein Aufwand, der weit über die Hälfte der ausbezahlten Renten ausmacht. Ähnlich steht es auch mit den Versicherungsanstalten in den anderen Bundesstaaten. Aber trotzdem nennt man dieses Gesetz die „Krone“ der Sozialreform! Im Volke giebt man dem Gesetz einen ganz anderen Namen, man nennt es da vielfach „Versorgungsanstalt für Militäranwärter“. Mit welchem Recht, zeigen die obigen Zahlen.

Gewerbegerichtswahl. In Charlottenburg erstochten bei der am 19. Februar stattgefundenen Gewerbegerichtswahl unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Von den hiesigen 18 in Frage stehenden Kandidaten wurden von unserer Seite neun Arbeitnehmer und sieben Arbeitgeber gewählt.

Eine Extrawahl wollen auch die Leipziger Richter- und Buchdruckerinnungsmeister geboten haben, sie wollen ein Jungstichtungsgericht. Zu diesem Zwecke haben sie ein Schreiben an den Magistrat gerichtet. Gegen diese Sondergelüste werden sich die Leipziger Arbeiter mit großer Entschiedenheit. In einer am 16. Februar stattgehaltenen Versammlung wurde eine Protestresolution angenommen, die, mit zahlreichem Material versehen, an den Magistrat abgesandt werden soll.

Aus der Schweiz. Volksaufklärung und Kapitalismus sind bekanntlich unvereinbare Gegensätze. Dem Kapitalismus genügt, wenn der Arbeiter gerade noch Fabrikordnungen und Polzeigelese lesen kann, zu was hat auch der Maschinenklave Bildung nötig? Das Volk könnte nur „unzufrieden“ werden. Demgemäß bestimmt der kapitalistische Staat die mittelmäßige Ausbildung und den mageren Gehalt des Volksschullehrers, und sehr interessant ist es, zu erfahren, was der Staat überhaupt für die Volksschule beisteuert, besonders wenn man zur Vergleichen die Staatsunterstützung der höheren Schulen bezieht. Sogar in der demokratischen Schweiz beträgt der Bundesbeitrag für jeden Volksschüler 2 Frs., ein Polytechniker dagegen erfordert einen Zuschuß von 1000 Franken. An der Bildung des arbeitenden Volkes liegt also der herrschenden Klasse 500 Mal weniger, als an der ihrer eigenen Sprößlinge.

Aus Dänemark. Dem dänischen Folkething ist nach „Politiken“ ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher auf nichts Geringeres als eine theilweise Verstaatlichung des Grundbesitzes hinführt. Nach demselben soll der Staat allen sogenannten freien Rittergütern bei Grafschaften, Baronien, Stammherrschaften, Fideikommissen, Klöstern und anderen Stiftungen expropriieren, doch so, daß Gärten, Parkanlagen, Wälder und die jetzigen Pachtgrundstücke ausgenommen sind. Ebenso sollen die Ländereien der Pflanzgüter verstaatlicht werden. Ferner soll der Staat alle Land kaufen, welches allmählich für 60 pSt. der Schätzung zu bekommen ist, auf Grund deren Grundbesitz und ähnliche Institutionen Hypotheken genommen haben. Das einmal vom Staate erworbene Land kann nicht wieder Privatbesitz werden.

Der verstaatlichte Grund und Boden wird ohne Recht zum Verkauf, Verpachtung oder Vermietung verpackt. Unsere staatssozialistischen Agrarier sehen, daß man selbst vor Verstaatlichung des Heilighen, ihres Grundbesitzes nicht zurückschreckt. Der Antrag hat sicherlich keine Aussicht, angenommen zu werden, er verdient aber, als Zeichen der Zeit registriert zu werden.

Aus England. Weil nicht genug Kriegsschiffe vorhanden sind, die im Falle eines Krieges die Zufuhr von Lebensmitteln bewerkstelligen können, muß die Flotte vermehrt werden. Das ist der Sinn einer Rede, die der englische Lord George Hamilton, der frühere Marineminister, über Ozeanrauber und ihre Bedeutung für die Ernährung und Wohne Englands hielt. Er sagte, daß in Großbritannien beim Ausbruch eines Krieges fast 5 Millionen Arbeiter sofort gewärtig sein müßten, durch die Unterbrechung der Zufuhr von Rohmaterialien, beschäftigungslos zu werden, und daß ferner das britische Volk jetzt bereits für seine Ernährung während 189 Tage im Jahre vom A. Land abhängig wäre, eine Zahl, die bei dem Anwachsen der Bevölkerung und andererseits bei der immer geringer werdenden Ausbeute des englischen Bodens in jedem Wochen begriffen sein müßte.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Anforderung!

Der Richter Georg Marschner, bisher Mitglied des Verbandes, Jahreshalle Lauenburg, wird hierdurch aufgefordert, seinen Bericht über die Jahreshalle Lauenburg gegenüber nachzukommen, widrigenfalls gegen ihn Schritte unternommen werden müssen, deren Folgen er sich dann selbst zuschreiben hat.

Der Ausschuss.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Jahreshallen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Achtung, Fischer! Jagz nach Arenalsee, Bezirk Roggenburg, ist herabgesetzt.

Ein Anzahl Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes.

Reinhardt a. d. Oria. Der Ausschuss dankt unendlich sehr; wir erwählen die Kollegen, den Jagz nach hier fernhalten.

Schwabe. In unserem ja 10 000 Einwohner zählenden Industriellen Städtchen ist die Anwesenheit der Holzarbeiter, durch welche etwa 1000 Anwerbsstellen beschäftigt sind. Wenn wir nun behaupten, daß bei der Anwesenheit unserer Jahreshalle, im Juli vorigen Jahres, wahrzunehmen war, daß von 48 Mitgliedern die Anwesenheit Anwerbsstellen waren, so sind wir jetzt in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß unsere Jahreshalle zur Zeit 106 Mitglieder zählt, die sich hauptsächlich aus Anwerbsstellen rekrutieren. Dieses Gerüchten der immer noch großen Zahl von Anwerbsstellen hat seine Ursache darin, daß 1. ein früher bestehender „Jahresverein der Anwerbsstellen“ durch die persönlichen Anwesenheiten aus dem Leben gegangen ist. 2. ein großer Teil derselben meint, nur durch die Einzahlung der Beiträge bei der Anwerbsstellenwahl für unsere Gewerkschaft die Lage des Anwerbsstellen zu verbessern, denn bei der letzten Anwerbsstellenwahl sind hier von 1790 abgegebenen Stimmen 1190 der Gewerkschaft zugefallen. Wir sind überzeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen Bewegung Hand in Hand gehen muß, darum agitieren wir mit derselben Energie weiter, wie in dem letzten Jahrgang, bis auch jeder sozialistische Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist. Unserer Jahreshalle befinden sich noch Jahreshallen der Tabakarbeiter, der Lederarbeiter und Metallarbeiter am hiesigen Orte mit insgesamt etwa 250 Mitgliedern, an deren Spitze eine viergliedrige Gewerkschaftsleitung steht, deren Aufgabe es ist, die gewerkschaftlichen Interessen zu fördern. Nach „unser“ Jahreshalle herrschen in der hiesigen Jahreshallenwahl des Jahres 1900. Jetzt. Als unter Reichsdeputationshau am 12. v. M. 1900, hat am 4. Okt. in der Anwerbsstellenwahl, die der 20jährige Sohn des Jahreshallen, ein Kaufmann, unseren Gewerkschaften zu. „A. R. von hier ist Jahreshalle.“ Dabei zeigte er auf eine Karte bei der Jahreshalle unsere Gewerkschaften betreffende Jahreshalle zum Nutzen von Fürsten. Unter dem Vorwand, man müsse nicht darauf, weil er im Augenblick nicht müde sei, was ihm im Sinne ist. Als jedoch die „Verbandskarte“ in Funktion trat, mußte unter dem Vorwand, dass der Vorstand des Verbandes, den welche betrafen, machten ihm das

Atmen unmöglich; als er dagegen protestierte, wurde die „Verbandskarte“ in's Stillstehen gebracht. Einige Stunden später wurde ein Blechasten darüber geschraubt, wobei derselbe „Herr“ Sohn in Gegenwart des Klempners zu unserem Genossen sagte: „Wenn Sie auch verreckt wären, da wäre wenigstens ein Sozialdemokrat weniger.“ Als jedoch der Wind durch den Blechkasten wehte, konnte man jedoch dem Wiener Klempner und den loslösenden Stoffasern der Scheibe, in unmittelbarer Nähe, kaum Stand halten, und als unser Genosse diesbezüglich sich äußerte, wurde ihm von derselben Person die Antwort zu Theil: „Wenn's Ihnen nicht paßt, gehen Sie.“ Wie die Alten, so die Jungen“ heißt es hier; denn im verflochten Hochsommer hatten die Arbeiter im Freiraum, um dem Staub, der bei Verarbeitung der Knochen aufwirbelt, einen Ausweg zu geben, das in den Garten führende Fenster geöffnet, da kam der Chef selbst und sagte: „Das Fenster muß zugemacht werden, mir gehen die ganzen Blumen ein von dem Drede.“ Mit diesen neun Gewerkschaften kann so etwas riskiert werden, die seit vielen Jahren bei dem „Herrn“ arbeiten; unser Genosse wird die Giftstätte meiden müssen, um seiner Familie erhalten zu bleiben. Es ist um so bedauerlicher für unseren Genossen, als er erst vor 1 1/2 Jahren in Krimmichau seiner politischen Tätigkeit wegen gemahnt wurde; er hat die Unkosten seines damaligen Umzugs kaum beglichen, jetzt kommt diese Maßregelung, denn als solche kann sie nur aufgefaßt werden.

Wittenberge. Am 20. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. In derselben wurde hauptsächlich die stattfindende Konferenz in Kottbus erörtert. Die Jahreshalle Wittenberge beabsichtigt, da wir auch nur schwach vertreten sind, mit Berleberg und Brizwall gemeinschaftlich einen Delegierten zu senden. Es entspann sich hierüber eine längere Diskussion, die Wahl sowie die Berichterstattung erschien den Kollegen zu unständig. Da die Konferenz den zweiten und dritten Osterferien stattfinden und die Kosten sich dadurch bedeutend vermehren, beschloß die Jahreshalle, selbstständig für Wittenberge einen Delegierten nach Kottbus zu senden und wurde hierzu Kollege Müller einstimmig gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Jahreshalle Berleberg von der Delegiertenwahl in Kenntnis zu setzen, damit sie nicht glauben sollen, wir hätten die Wahl aus Egoismus vorgenommen.

Stein a. D. Da wir seit Gründung hiesiger Jahreshalle nicht hören ließen, so dürften viele auswärtige Kollegen der Ansicht sein, daß unsere Verhältnisse sehr gute seien. Dem ist leider nicht so. Auch hier ist der Gang der Geschäfte ein sehr schlechter. Es herrscht hier wie auch anderswo Arbeitsmangel, und ist dieser als Hemmschuh für das Vorwärtsschreiten unserer Organisation zu betrachten. Deshalb hat auch die hiesige Jahreshalle eine wesentliche Zunahme von Mitgliedern nicht zu verzeichnen. Die Zahl schwankte zwischen 12 und 15 und beträgt zur Zeit 13 Kollegen, was im Verhältnis zu den am Orte beschäftigten Holzarbeitern nicht von Bedeutung ist. Es ist dies ein deutlicher Beweis, wie mühevoll es für einen vorwärtstreibenden Kollegen ist, mit der Organisation vorwärts zu kommen. Abgesehen von der geringen Zahl der Kollegen, ist es umso mehr zu bedauern, daß auch diese Wenigen ein festes Zusammenhalten gar nicht kennen. Allmählich ist eine Gleichgültigkeit und Laubbildung bei Kollegen, die Anfangs mit großem „Mut“ zur Ausbreitung der Organisation beigetragen wollten, eingetreten, so daß sich die gute Hälfte derselben in den alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen gar nicht mehr sehen läßt, weil der Verband nach ihrer Meinung keinen Zweck habe und das Geld wegwerfen sei. Was für eine Sorte Kollegen dies ist, liegt auf der Hand; einerseits sind die Aufsteller solcher Behauptungen „ihrer“ Meinung nach „sehr klug“, wir möchten sagen „superklug“ Leute, die in ihrer Heimath höchstwahrscheinlich in weit schlechteren Verhältnissen lebten, und sich in ihrer gegenwärtigen Lage ganz behaglich fühlten; andererseits sind es Ehemänner (Strohmäher), die längst unter dem Weiberegentum stehen und zu den zielbewußten Arbeitern nicht gerechnet werden können. Für beide der angeführten Spezies paßt so recht der Ausspruch: „Segen Dummheit lämpfen selbst Götter vergebens!“ Koch zu erwähnen ist die Heldenthat eines Kollegen, der seit Befehlen der hiesigen Jahreshalle derselben als Vorstandsmitglied angehört. Genannt ist vor nicht zu langer Zeit ausgeschieden, und nunmehr ist aus dem ehemaligen eifrigen Verbandsmitglied ein furchtbarer Gegner geworden, indem er uns durch Agitation gegen den Verband zu schaden sucht. Von glänzenden Erfolgen werden seine Bemühungen nicht getrübt sein. Zeigt dieses Gebahren von geistigem Menschendunsel? Wir bezweifeln es. — Ist unser Händlein auch nur klein, mit uns so größerem Eifer wollen wir für die Agitation eintreten. Kollegen! Tretet für die Besserstellung Eurer mäßlichen Lage ein, denn wenn Ihr zum Lumpenproletariat herabgesunken seid, wird die Neue zu spät sein.

Eberbach. Den auswärtigen Kollegen hiermit zur Mittheilung, daß hier in Eberbach eine Jahreshalle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet worden ist. In diesem Zwecke ist dann Kollege Weber aus Rannheim hier erschienen, um das Material zu übernehmen und entließigte er sich seiner Aufgabe in höchster Weise. 18 Kollegen ließen sich nach Schluß des Referats aufnehmen. Hieraus wurde die Wahl der Lokalverwaltung vorgenommen. Es wurden gewählt: Wilhelm Krämer, Vorsitzender; Karl Fischer, Kassierer; Karl Ringler, Schriftführer; Wagner und Hölzsch, Fernsprecher. Der Geist für unsere Sache ist ein sehr reger, so daß sich in jeder Versammlung Annahmen vollziehen.

Erlangen. Am 17. Februar fand hier in unserem Verbandslokal im „Sarkens zum Franzenburger Adler“ eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Kopp als Rannheim über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für uns Holzarbeiter und über das Programm des Holzarbeiterverbandes selbst referierte. Er wies in seinem einleitenden, sehr verständlichen Vortrage nach, wie die privatwirthschaftliche Produktion infolge der ihr zu Gebote stehenden Mittel sich die Erzeugnisse der Technik zu eigen machen und dann durch die Theilung der Arbeit die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zum Vortheile des Kapitalisten betreiben könne, des Weiteren, daß durch die Reichthümer immer mehr Arbeitskräfte überflüssig und somit auf's Häußer geworfen werden, und daß wieder durch diese große Armut von Arbeitslosen die Löhne herabgedrückt werden, weil sie eben, um nicht zu verhungern, ihre Arbeitskraft dem Unterwerfer um einen billigeren Preis anbieten, deshalb sei es Hauptzweck der Organisation, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, um so die Arbeitslosen zu vermindern. Alle Kollegen müssen dem Vorbande beitreten, nur dann wird es möglich sein, eine Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt bessere Verhältnisse zu

erlangen. Ferner legte der Referent den eingeladenen, aber freilich nur in sehr geringer Zahl erschienenen Büttnern und Zimmerern die Vortheile des Holzarbeiterverbandes klar, sie fanden in ihm ihre Interessen gerade so wie jeder andere Beruf vertreten. Nach diesem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage beifügten sich die Kollegen und Mitglieder anderer Organisationen an der Diskussion, und ließen sich auch verschiedene Anwesenheiten in den Verband aufnehmen. — Unsere Verhältnisse am Orte sind recht eigenartiger Natur, indem ein Theil der Kollegen dem Hirsch-Dunder'schen Gewerkverein angehört, ein anderer Theil wieder nur zu konservativ ist, d. h. sich von den alten Traditionen nicht trennen kann. Wir können deshalb zufrieden sein, daß wir es vor der Hand so weit gebracht haben, wir werden freilich nicht ruhen noch rasten und der Jahreshalle immer mehr Mitglieder zuführen suchen. Unserer Jahreshalle haben sich jetzt auch einige Kammacher angeschlossen, während dieselbe früher nur aus Schreineren bestand. Drechsler und Wagner giebt es am Orte fast keine. Bürstenmacher sind fast alle auf eine Fabrik konzentriert, sämtlich Hirsch-Dunder'scher Ohservanz. Büttner haben für einen Verein, der ihre Lebenslage verbessern könnte, kein Interesse, dafür sind sie aber sämtlich Mitglied in einem zünftlerischen Vergnügungsverein. Zimmerer dürften wir für unsere Sache gewinnen können, denn sie hatten am Orte schon eine Organisation, die sich aber auflöste. Kollegen, organisiert Euch, schließt Euch dem Verbande an, und helfst uns am Orte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Vereinzelt sind wir Nichts, vereint Alles.

Passau. Schon seit 2 Jahren haben wir kein Lebenszeichen im Verbandsorgan von uns gegeben. Am 11. Februar hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Gründung einer Bibliothek, Werkstattrundschau und Neuwahl der Lokalverwaltung. Zu Punkt 1 wurde, dem Beispiele anderer Orte folgend, beschlossen, eine Bibliothek zu gründen und zu diesem Zwecke pro Mitglied und Monat 20 Pf. Extrasteuer zu zahlen. Bezüglich der Werkstattrundschau wurde bestimmt, alle 14 Tage sich mit den Verhältnissen der einzelnen Werkstätten zu beschäftigen und auf Abstellung event. Uebelstände zu dringen. Hieraus wurden die Neuwahlen vollzogen. Kollege Neuhäuser schilderte in kurzen Worten die Verhältnisse der Holzarbeiter von Passau; er ermahnte jeden Kollegen, uns in diesem Jahre besser zu unterstützen und beizustehen. Kollegen, agitirt soviel in Euren Kräften für den Verband, zeigt, daß derselbe resp. die Jahreshalle hier kein todgebornes Kind ist, wie uns früher ein Wahlvereinsmitglied, das gewiß alle Ursache hätte, uns zu unterstützen, sagte. Steht zu uns, Kollegen, haltet fest zusammen, besucht die Versammlungen und helfst uns, Licht in das Dunkel, das hier in Passau das Gros der Kollegen umgiebt, schaffen. Schulter an Schulter, Hand in Hand laßt uns für eine Verbesserung unserer mäßlichen Verhältnisse eintreten.

NB. Die reisenden Kollegen machen wir noch darauf aufmerksam, daß sie nur in unserem Lokale verkehren möchten; selbiges befindet sich im Restaurant zum „Weißen Lamm“, Theresienstraße.

Verband deutscher Forstmänner.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Versammlung der hiesigen Filiale hielt am 19. Febr. Herr Dr. Wurm einen Vortrag über die Erhaltung der Sehkraft, welcher die Versammelten, worunter sich auch eine Anzahl Damen befanden, zur größten Aufmerksamkeit veranlaßte und sollen hierdurch die Hauptursachen hervorgehoben werden. Vor Allem, so führte Redner aus, sei es notwendig, da an die Leistungsfähigkeit der Augen im Kampf um das Dasein die größten Anforderungen gestellt werden, die Ursachen der das Auge bedrohenden Krankheiten kennen zu lernen, um sich vor letzteren durch rasches Eingreifen und zweckmäßiges Verhalten vorzeitig zu schützen. Als die häufigsten Krankheitsursachen werden Staub in der Werkstat, Wohnung und Straße, grelles Licht, Verletzungen durch hineinspringendes Arbeitsmaterial usw. bezeichnet und der bedeutende Nutzen der sogenannten Schutzbrillen hervorgehoben. Die Belehrung über die gebildete schädliche Haltung der Kinder beim Lesen und Schreiben, über die Anfechtungsfähigkeit gewisser Augenleiden (Ägyptische Krankheit), sowie über die Strophulösen Augenkrankheiten usw., wird den Eltern sicherlich von Nutzen sein bei der ihnen obliegenden Pflege der Kinder. Resumirend empfiehlt zum Schluß der Referent, darauf zu achten, daß vor Allem gutes Licht zu jeder Arbeit verlangt wird und die richtige Anwendung geeigneter Mittel, bis ein Arzt zu Rathe gezogen ist. Hierauf erteilt der Vortragende an einem großen künstlichen Auge die einzelnen Theile desselben, ihre Mitwirkung beim Sehen und deren wichtigste Erkrankungen (speziell der graue Star, seine Entstehung und die Operation desselben). Die Verantwortung zahlreicher das Auge betreffender Fragen schloß sich dem Vortrage, der hinsichtlich das höchste Interesse der Anwesenden verrieth, an, der für Jeden sehr beachtenswerthe Rathschläge zur Erhaltung des kostlichsten Gutes, des Sehvermögens, bot. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde von der Revisionskommission die Abrechnung der ausgesperrten Kollegen von Kempkes gebracht, welche nach längerer erregter Debatte zur nochmaligen Prüfung am dem Vorstand verwiesen wurde. Nachdem einige innere Vereinsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung um 1 1/2 Uhr.

Eingekandt.

An die Holzarbeiter Württembergs.

Kollegen! Wer die Verhältnisse in unserem engeren Vaterlande kennt, der wird ohne Weiteres zugestehen müssen, daß die Organisation der Holzarbeiter Württembergs, besonders in den kleineren Ortschaften, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Und der Mangel an Organisation offenbart sich denn auch in den allerniedrigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie schlechter auch anderswo kaum zu denken sind. So herrlich die Naturschönheiten und die Produkte des Landes sind, so elend ist die Lage der arbeitenden Klasse, seiner Bewohner, und nicht zum Mindesten bei der Holzarbeiter.

Diese Thatfache liegt offen vor jedem geübten Auge, und es kann nur dem Mangel an der nöthigen Aufklärung bei unseren indifferenten Kollegen zugeschrieben werden, daß sie sich noch nicht dem gemeinsamen Streben der hiesigen im Verband

organisirten Holzarbeiter angeschlossen haben, um damit den Versuch zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu wagen. Wo also diese Aufklärung, diese Belehrung über ihre nahe- liegendsten Interessen unseren im Frohnjoch harter Arbeit und Entbehrungen schmachtenden Kollegen fehlt, da ist es unsere heilige Pflicht, unser ganzes Können daran zu setzen, dieselben zu uns heranzuziehen, sie zu denkenden Genossen zu erziehen, die sich ihrer Klassenlage und ihrer hohen Aufgaben in der gegenwärtigen Gesellschaft bewußt sind.

Getragen von diesem Pflichtbewußtsein, beschloß die am 17. Februar d. J. stattgefundene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart, eine Agitationskommission einzusetzen, welche die Aufgabe vorzuführen soll, in vorstehendem Sinne unter den nichtorganisirten Holzarbeitern von ganz Württemberg zu wirken, zum Wohle des Verbandes und aller Kollegen selbst!

Die Agitationskommission richtet hierdurch an alle Kollegen Württembergs, vor Allem an die Verhandlungsmitglieder, die dringende Bitte, ihr die kräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen, damit unserer, den gemeinsamen Zwecken dienenden Thätigkeit ein guter Erfolg ermöglicht wird. Besonders bitten wir heute darum, uns alle bekannten Bergarbeiter von Kollegen, welche in Württemberg arbeiten und dem Verband nicht angehören, sobald als möglich zuzufinden, damit wir uns schriftlich und mittelst Flugschriften an dieselben wenden können, um sie auf diesem oder anderem Wege zum Anschluß an die Organisation zu bewegen.

Wenn es auch Mühe kosten wird, greifbare Erfolge zu erzielen, — wir dürfen diese Mühe nicht scheuen! Es handelt sich um unsere eigene Existenz, die so lange gefährdet ist, als noch ein größerer Theil unserer Kollegen uns gleichgültig, ja feindselig gegenüber steht, uns in unserem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur nicht unterstützt, sondern im Gegentheil bei jeder Erfolg versprechenden Aktion uns hindernd und schädigend entgegen tritt.

Diese Indifferenz der größeren Hälfte unserer Arbeitsgenossen in Stadt und Land ist der Feind, den wir mit dem Aufgebote unserer besten Kräfte zu überwälzigen suchen müssen. — Die unterzeichnete Kommission wird sich mit vollem Eifer dieser Aufgabe widmen, und im Vertrauen auf die Hilfe aller Klassenbewußten Kollegen erwarten wir mit Zuversicht, daß unsere Thätigkeit nicht vergeblich sein wird.

Wir bitten nochmals um recht baldige Einsendung der gewünschten Adressen; weitere Mittheilungen lassen wir in nächster Zeit folgen. Zuschriften sind an den unterzeichneten Vorsitzenden der Kommission zu richten.

Die Agitationskommission.

H. Leipart, Stuttgart, Böblingerstr. 127.

An die Holzarbeiter von Rheinland und Westfalen.

Da trotz unserer Aufforderung in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bis dato noch keine Zahlstelle es der Mühe werth gehalten hat, uns die Adressen von Rednern zuzuschicken, fühlen wir uns veranlaßt, sie hiermit nochmals daran zu erinnern, oder sollen wir vielleicht annehmen, daß in ganz Rheinland und Westfalen keine Redner sind? Da schon verschiedene Zahlstellen Redner verlangt haben, darunter einige, die im äußersten Winkel der Provinzen liegen, sind wir jetzt unmöglich im Stande, dieselben zu befriedigen. Wie kann das Agitationscomité praktisch arbeiten, wenn uns die verschiedenen Zahlstellen nicht zur Seite stehen?

Wir sprechen die Erwartung aus, daß die Lokalverwaltungen unserem Wunsche nachkommen und uns die Adressen verfügbarer Redner zusenden werden.

Alle Korrespondenzen sind zu richten an **H. Burmeister, Eberfeld, Rosenstr. 15**, alle Geldsendungen an **H. Döring, Eberfeld, Rippdorf 55**.

Das Agitationscomité.

An die Holzarbeiter Thüringens.

Die am Sonntag, den 18. Februar d. J., zu Apolda abgehaltene Konferenz der Thüringer Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes, welche von 16 Orten durch 21 Delegirte besucht war, beschloß nach eingehender Beratung:

1. Einsetzung einer Agitationskommission mit dem Sitz in Erfurt.
2. Zur Durchführung einer wirksamen Agitation sind von den Zahlstellen pro Mitglied und Vierteljahr mindestens 10 M an diese Kommission abzuliefern. Die Leistung dieses Beitrages hat vom 1. Januar 1894 an zu erfolgen.
3. Von den zu Thüringen gehörenden, aber auf der Konferenz nicht vertretenen Orten erwartet dieselbe, daß diese den gefassten Beschlüssen beitreten.

Die Wahl der Agitationskommission wird in Erfurt in der nächsten Mitgliederversammlung vollzogen und dann das Resultat derselben sofort bekannt gegeben werden. Die einzelnen Zahlstellen werden ersucht, den Beitrag für das 1. Quartal d. J. dann umgehend einzusenden, damit die Kommission auch sofort ihre Thätigkeit beginnen kann.

J. A.: Wilh. Schneegak, Erfurt, Greifenaustr. 68.

An die Zahlstellen des Holzarbeiter-Verbandes in der bayerischen Pfalz.

Kollegen! Die Holzarbeiter-Konferenz in Reusbach a. d. S. beschloß, die Agitation einem Comité, das in Ludwigshafen seinen Sitz habe, zu übertragen. Das Comité ist von der hiesigen Zahlstelle gewählt und hat seine Thätigkeit aufgenommen; die Aufgaben desselben sind den Kollegen bekannt. Wir richten nun die dringende Aufforderung an die Kollegen der betreffenden Zahlstellen, nach Kräften für guten Besuch der Versammlungen zu sorgen, damit die Agitation nicht wirkungslos bleibe. Außerdem ersuchen wir die Kollegen, uns die Adressen der am Orte vorhandenen rednerischen Kräfte mitzutheilen.

Die zur Ausführung der agitatorischen Thätigkeit erforderlichen Gelder sollen auf Beschluß der Reusbacher Konferenz durch abzugebende 10 Prozent der Lokalkasseneinnahme gedeckt werden. Wir ersuchen nun die Verwaltungen unserer Wirkungskreise, vom 1. Januar ab auf Grund ihrer jeweiligen Quartalsabrechnung diese 10 Prozent mit uns zu verrechnen und möglichst pünktlich einzusenden.

Kollegen! Die Bestrebungen unserer Organisation machen uns rastlose Thätigkeit zur Pflicht. Arbeiten wir zusammen und thun wir unsere Schuldigkeit. Auch den fernstehenden

Kollegen sei zugerufen: „Schließt Euch dem Verbands an! Dann Schülter an Schülter gekämpft und es wird besser werden.“

Ludwigshafen. Das Agitationscomité der Pfalz.

J. A.: J. Zinn, Magstr. 68.

Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an **Kollege Julius Schultzeiß, Wörthstr. 13.**

An die Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Baden und Elsaß.

Zwei Beschluß der Baden-Badener Konferenz ist das unterzeichnete Comité beauftragt, im April dieses Jahres eine zweite Konferenz einzuberufen. Mit Rücksicht darauf, daß die den Kollegen zur Theilnahme an solchen Veranstaltungen zu Gebote stehende Zeit sehr beschränkt ist, beschloß das Comité die Konferenz zu Ostern abzuhalten.

Wir berufen daher auf Montag, den 26. März, Morgens 9 1/2 Uhr, die zweite Konferenz der Holzarbeiter Badens und Elsaß nach Freiburg in Baden ein.

Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationscomités. 2. Bericht der Delegirten. 3. Unsere ferneren Aufgaben.

Indem wir darauf verweisen, daß es Pflicht aller Zahlstellen sein muß, sich vertreten zu lassen, bemerken wir zugleich, daß für je fünfzig Mitglieder ein Delegirter gewählt werden kann.

Bei der Wahl des Konferenzortes Freiburg kam zunächst dessen geographische Lage in Betracht, da dies ungefähr der Mittelpunkt für die entlegensten Zahlstellen sein dürfte; dann befinden sich ferner in der Nähe Freiburgs einige neugegründete Zahlstellen, denen die Theilnahme an der Konferenz möglichst erleichtert werden muß und endlich liegen im badischen Oberland einige Orte mit einer größeren Zahl Holzarbeiter, mit denen auf diese Weise vielleicht Verbindung erzielt werden kann. Alle diese Umstände ließen Freiburg als den geeignetsten Ort erscheinen. Um nun auf der Konferenz auch einen prompten Rechenschafts- und Kassensbericht liefern zu können, müssen wir hier auch die einzelnen Zahlstellen an ihre Pflichten erinnern. Mehrere Zahlstellen schulden die 10 pSt. der Lokalkasseneinnahme (Beschluß von Baden), die für Agitation zu verwenden sind, noch vom vierten Quartal 1893 und einige haben überhaupt, also auch vom dritten Quartal, ihre Beiträge noch nicht entrichtet. Die betreffenden Ortsverwaltungen wollen also in Bälde ihren diesbezüglichen Pflichten nachkommen. Um pünktlich beginnen und rechtzeitig schließen zu können, ist es nöthig, daß sämtliche Delegirte zur Zeit der Eröffnung (9 1/2 Uhr) anwesend sind.

Die Konferenz findet in der Restauration Schwank, Weberstraße, statt, woselbst auch die Zusammenkunft der Delegirten ist. Die Delegirten werden durch Freiburger Kollegen, die rothe Abzeichen tragen, am Bahnhof empfangen.

Und nun mehr zur Konferenz nach Freiburg!

Mannheim, den 18. Februar 1894.

Das Agitationscomité der Holzarbeiter für Baden und Elsaß.

J. A.: Friß Wagener, S. 2. 8.

Oberndorf a. Neckar (Württemberg).

Kollegen!

Da ungefähr Ende März d. J. in der mechanischen Tischlerei von Federle noch mehrere Tischler eingestellt werden, so ersucht der Unterzeichnete die zugereisten Kollegen, ehe dieselben um Arbeit nachsuchen, sich im Lokal „Sahlhans zur Sonne“ bei dem dortigen Vertrauensmann zu melden; zwingende Gründe veranlassen uns zu dieser Maßregel.

Die vereinigten Gewerkschaften in Oberndorf a. N.

J. A.: Der Vertrauensmann.

An die Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (S. S. Nr. 86).

Auf die beiden letzten Eingangs in Nr. 7 unserer Fachzeitung habe ich Namens der Hamburger Mitglieder Folgendes zu erwidern:

Es ist bezeichnend für die Haltung derjenigen Delegirten, die für das leidige Viertel stimmten, daß sie sich gleich, wie Freund Bauer schreibt, bewußt waren, daß es kommen müsse, wie es gekommen ist, d. h. daß die Minorität sich nicht fügen werde. Die Majorität war sich dessen also bewußt, daß für die Einfach-Versicherten die Veranlassung gegeben sei zu einem Vorgehen, wie es von den Hamburger Verwaltungen für notwendig erlannt wurde. Denn wie konnten sonst gleich nach der Abstimmung derartige Befürchtungen von der Majorität laut werden, wenn man nicht Veranlassung dazu gegeben hätte, indem ein Theil der Delegirten gegen ihre bessere Ueberzeugung für das leidige Viertel im Auftrage ihrer Wähler stimmte, und hier liegt auch der ganze Fehler. Gerecht wäre es gewesen, wenn Freund Bauer nicht ohne Weiteres den Stab über die Ansichten des Vorstandes gebrochen; mindestens aber hätte er Widerungsgründe für denselben gelten lassen müssen. Wenn gleich Freund Schneider gegen den Antrag des Vorstandes stimmte, allerdings im Auftrage seiner Mandatgeber, so räumt er aber doch ein, daß er persönlich für die Vorschläge des Vorstandes sei. Auf die Ausschneiderei des Kollegen Bauer will ich nicht eingehen, da die Frage, ob diese oder jene Zahlstelle, in diesem Falle Offenbach, gut oder schlecht gearbeitet hat, mit der Sache gar wenig zu thun hat.

Die große Majorität, die in Magdeburg für das Bestehenbleiben der Kasse stimmte, hat sich mit unserem Vorgehen und mit der Streichung des § 11 Abs. 4 einverstanden erklärt. Es müßte ja auch sonderbar zugehen, wenn unsere Mitglieder nicht schließlich das Richtige treffen würden, haben doch die Tischler auf ihrer Generalversammlung beschlossen, den ungerechten Aufschlag von einem Viertel des ortsüblichen Tagelohnes nicht mit in das Statut aufzunehmen. Dann schreibt Freund Bauer, von seinem Standpunkt aus betrachtet gehehe die Doppel-Versicherten Unrecht, wenn ihnen anstatt Arzt und Medizin, nicht etwas Anderes geboten wird. Die Doppel-Versicherten seien nicht alle in einen Topf zu werfen uim. Gegen die doppelt-versicherten Mitglieder haben wir durchaus nichts, stehen sogar auf dem Standpunkt, daß jeder Arbeiter sich möglichst gut versichere; das hat mit der Hauptsache selbst, wenn ein Vorurtheil bei uns bestehen soll, nichts zu thun. Es müßte ja wunderbar zugehen, wenn unsere Verwaltungen durch ihre Erfahrungen nicht wissen wüßten, wie die Doppel-Versicherung im Verhältnis zu der Einfach-Versicherung auf das Maßlose wirkt. Der Schein bleibt freilich bestehen, daß mit dem Fall des § 11

Abs. 4 die Doppel-Versicherten um die Summe, die Arzt und Medizin ausmacht, zu kurz kommen, aber auch nur der Schein, in Wirklichkeit holen die Doppel-Versicherten bei jedem Krankheitsfall diesen Theil der Unterstützung der Einfach-Versicherten ein. Wir Alle wissen, daß es den Doppel-Versicherten bei jedem Krankheitsfall möglich ist, auf den Arzt zu hören und die Genehung abzuwarten und daß die Einfach-Versicherten dieses nicht können, daß in den meisten Fällen diese Mitlieder die Arbeit schon vor der Genehung aus Noth aufsuchen. Dies sollte doch auch dem Freund Bauer bekannt sein! Wenn Kollege Schneider gegen diesen Theil meiner früheren Ausführungen hätte etwas sagen können, dann hätte er es gethan, er sowohl wie Bauer geben dies stillschweigend zu.

Es scheint aber auch, als ob Beide alle Mittel benutzen müßten, um die Anträge des Vorstandes unter allen Umständen zu bekämpfen, denn thatsächlich ließ der Kollege Bauer etwas aus dem letzten Schreiben des Vorstandes heraus, was garnicht darin steht. Ebenso wie Freund Bauer verfehlt es auch Kollege Schneider, Thatsachen auf den Kopf zu stellen und Worten eine Deutung zu geben, die sie garnicht haben.

Nach seiner Rechnung haben die Einfach-Versicherten in den ersten 3 Quartalen 1893 M. 433 pro Kopf, soll wohl heißen pro Krankheitsfall, erhalten, was aber die Doppel-Versicherten erhalten haben, darüber schweigt er sich aus, warum stellte er die Zahlen von 1892 denen von 1893 nicht gegenüber und rechnete die ersten 3 Tage für Erwerbsfähige mit? Sieht das nicht nach Täuschung der Mitglieder aus? Wir erstreben, unserem Grundsatze gemäß, für alle Mitglieder gleiche Rechte und Pflichten. Dies soll, dies muß der Vorstand erstreben, er ist den Mitgliedern gegenüber dazu verpflichtet. Wir richten nun an die Majorität der Delegirten die Frage: Was habt Ihr in Magdeburg beschlossen? Für die ersten 13 Wochen, nach Abzug von 12 M für Arzt und Medizin, habt Ihr ein Verhältnis von 1:22 1/2 gesetzt, die Doppel-Versicherten erhalten statt Arzt und Medizin 1/4 des ortsüblichen Tagelohnes und die zweiten 13 Wochen ein Verhältnis wie 1:18. Der Vorstand beantragt, das Verhältnis zu setzen wie 1:26 auf ein halbes Jahr und Streichung des 1/4 des ortsüblichen Tagelohnes. In dem Statut, nach dem wir jetzt noch arbeiten, ist für die ersten 13 Wochen das Verhältnis wie 2 und für die zweiten wie 1:28. Die Doppel-Versicherten erhalten für Arzt und Medizin in den ersten 13 Wochen das Viertel des ortsüblichen Tagelohnes. Bei allen gilt das Halbe für die zweiten 26 Wochen vom Unterstützungsfuß der letzten 13 Wochen. Die Befürchtung, daß es Matthat am Letzten sei, wenn die Vorschläge des Vorstandes angenommen werden, haben wir nicht. Freund Schneider müßte doch begreifen, daß unsere Kasse bei einem Verhältnis, wie es der Vorstand vorschlägt, den Mitgliedern immer noch mehr bietet wie jede andere Kasse, selbst wenn die Doppel-Versicherten die ersten 13 Wochen bei uns auf Arzt und Medizin verzichteten. Freund Schneider mag uns eine Kasse nennen, die mehr wie unsere leistet, und die event. von unseren jetzigen Mitgliedern benutzt werden könnte; er wird vergeblich suchen. Ein Verwechseln der Kassen wäre für unsere Kasse wohl deshalb nicht vortheilhaft.

In unserer letzten kombinierten Versammlung wurde noch beschlossen, für die Beitrags- und Unterstützungssätze, wie der Vorstand sie in Magdeburg beantragte, auch in der kommenden Generalversammlung einzutreten, alle anderen Beschlüsse so zu belassen, wie sie in Magdeburg gefaßt wurden.

Hamburg. J. A.: Ferd. Sittig.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die Konstituierung des Vereins der Bildhauer von Dresden und Umgegend ist perfekt geworden; bis jetzt haben sich 70 Mitglieder eingetragen, den hiesigen Verhältnissen entsprechend immerhin ein günstiges Resultat, und es ist bei einigermaßen zweckentsprechender Agitation eine stattliche Mitgliederzahl zu erwarten. Hoffentlich ist nun endlich einmal der Weg gefunden, auf dem eine geistliche Entwicklung der hiesigen Organisationsverhältnisse der Bildhauer möglich ist.

Achtung, Steinbildhauer! Der Streik bei der Firma Schilling in Berlin dauert unverändert fort. Schilling hat mit seinen Annoncen, welche er in verschiedenen auswärtigen Zeitungen aufgegeben hat, bis jetzt nur einen geringen Erfolg zu verzeichnen, da sich die zureichenden Kollegen bis auf zwei mit den Streikenden solidarisch erklärten. Indem sich die Arbeiten von Tag zu Tag mehr anhäufen, so ist, falls sich nicht mehr Streikbrecher finden, an einem baldigen Siege der Streikenden nicht zu zweifeln. Wir bitten daher die Steinbildhauer nochmals, allen Zuzug nach Berlin streng fernzuhalten.

Die Kommission.

J. A.: M. Schweizer, Rödernstr. 95, part.

Alle Arbeiterblätter, besonders die Deutscher Reichs, werden um Abdruck gebeten.

Die Zigarrenmacher in Amsterdam sind mit ihren Arbeitgebern in Differenzen gerathen, die einen Ausstand zur Folge haben werden. Es wird deshalb dringend vor Zuzug nach dort gewarnt. Etwasige Unterstützungsgelder sind vorläufig an die hiesige Tabakarbeiter-Genossenschaft, Schäferstraße 19, zu senden.

Gerihts-Chronik.

Eine merkwürdige Entscheidung fällt das Münchener Oberlandesgericht, wonach Kolporture die berufsmäßige Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß sie keine Schriften kolportieren, die einen „Straßbaren Inhalt“ haben. Diese Entscheidung zeigt wieder, wie sehr mitunter juristische Logik und praktisches Lebensbedürfnis auseinandergehen. Wenn ein erfahrener Redakteur mit höherer Bildung einen Schriftsatz für nicht geschwändig hält — kein Redakteur wird schreiben, um Unsinn zu schreiben —, dann soll ein elender betagter, wenig gebildeter Kolporteur, oder eine armthümliche Auswärtige, die einen Haufen der verschiedensten Zeitungen auf einmal bekommen und damit so reich als möglich zu ihrer Handhabung eilen soll, mit juristischer Findigkeit den Inhalt erst auf die unzähligen Strafbestimmungen prüfen, in deren Angeln auch der vorichtigste Publizist fallen kann. Da müßte man ja hunderte Leute zu Kolporturen nehmen, und nicht einmal solche dürften es sein, die im Staatskonkurs die Note III erhielten. In vorliegenden Falle handelt es sich um ein sozialdemokratisches Unterhaltungsblatt, das Stellen enthielt, die als eine Verhöhnung der Gerichte und kirchlicher Einrichtungen erklärt wurden. Wenn nun einem solchen armen Kolporteur zufällig ein paar billige Zeitschriften oder Goethe-Ausgaben mit in den Kasten gesteckt würden!

Würde er dann auch bestraft? Oder macht die Justiz einen Unterschied zwischen dem, was früher gedruckt wurde und dem, was heute gedruckt wird? Und wenn ja, warum wohl?

Neute Reibe.

Die nothleidenden Landwirthe haben sich in voriger Woche während der Zeit ihrer Bundesversammlung einmal wieder emüßigt; welcher Art dieses Amüsiren war, darüber gaben mehrere Blätter Aufschluß: Eine widerliche Szene spielte sich in der vorübergehenden Nacht im Café Bauer ab. Neun gutgekleidete Herren, die sich selbst als Landwirthe und Agrarier bezeichneten, begannen plötzlich ohne die geringste Veranlassung einen antisemitischen Stempel zu setzen, d. h. antisemitische Lieder zu singen und anwandelnde israelitische Familien zum Verlassen des Lokales aufzufordern. Die Ständemacher wurden von der Verwaltung alsbald aus dem Lokale entfernt.

Ein Riesensaß. Das Heibelberger Faß ist „untergetaucht“ und bleibt nur noch ein Fäßchen im Vergleich zu dem Monstrum, das soeben in der Pariser Weinhalle, dem größten Stapelplatze des Weinhandels, den die Welt kennt, fertiggestellt wurde. Dieses Riesensaß faßt 850 hl und seine Höhe erreicht 7 m. Die Dauben, aus einem Stück gezimmert, werden von 16 eisernen Reiben zusammengehalten. Die Originalität dieses Meisterwerkes der Böttcherei besteht jedoch in seiner Einrichtung. Das Faß der Pariser Weinhalle wird nämlich durch Dreier in fünf ungleich große, hermetisch gegeneinander abgeschlossene Abtheilungen geschieden, welche es ermöglichen, fünf verschiedene Weinsorten einzufüllen, ohne daß sich die geringste Mischung vollzieht. Diese Fällung wird durch eine Luftdruckmaschine, einen neu konstruirten Dampfheber, vorgenommen, der den Wein in ungeheuren Schläuchen aufsaugt und in den ihm bestimmten Behälter leitet. Ein Ingenieur fährt zu den kleinen Thüren, die in der Faßwand angebracht sind und den Arbeitern Zutritt gewähren die dieses Geräth zu reinigen haben. Das Faß wiegt leer 11 000 kg und 96 000 kg, wenn es gefüllt ist.

Technisches.

Da sich die Bezüge von Regenschirmen am leichtesten unter an der Spitze durchschneiden, bringen Fuhrmann & Freymuth zu Frankfurt a. M. eine trichterförmige Schutzkappe unter an der Spitze an, welche die am meisten gefährdeten Stellen umschließt. Diese Blechkappe verlängert sich nach der Stodspitze hin in eine cylindrische Hülse, in welche unwendig eine Schraubenfeder gelagert ist, welche die Hülse stets nach der Schirmspitze hin presst. Deswegen man den Schirm, so wie die außen anliegenden Schirmrippen die Hülse zurück, die sich beim Schließen des Schirms durch die Wirkung der Feder sofort wieder über das Ende des Bezuges schiebt.

Künstliches Eisenblech stellt man auf folgende Art her: Man läßt Knochen 15 Tage lang in kaltem Wasser erweichen, worauf man sie abwäscht und trocknet. Sie kommen dann mit Abfällen von weissem Leder (Schaf, Ferkel etc.) in einen großen Kessel und werden darin unter fleißigem Abschäumen gekocht, bis Alles eine süßliche Masse bildet, zu der man noch zwei bis drei Pfund Alaun hinzusetzt. Die Flüssigkeit wird dann durch ein Tuch filtrirt und in flache Formen gefüllt, in denen sie bei Berührung mit der Luft bald erstarrt. Das Härten der Masse wird durch zehnwöchentliches Einweichen in ein Alaunbad vervollständigt. Die sich hieraus ergebenden Platten sind nach erfolgtem Abwässern und Trocknen weiß und hart; sie lassen sich besser bearbeiten als das Eisenblech selber und nehmen eine sehr feine Politur an.

Polieren mit Holzohle. Um Holz in eine schöne, schwarze Farbe zu geben, empfiehlt Uhländ's techn. Handbuch das Poliren mit Holzohle. Das dabei zu beobachtende Verfahren ist allerdings etwas langwierig, doch diese Unbequemlichkeit wird durch die mannigfachen Vortheile, welche die Behandlung der Möbel mit Holzohle vor der mit Firnis und anderen Mitteln voraus hat, reichlich wagen. Vor Allem wird bei dem neuen Verfahren das Lichte Erhalten der Sculptur, das bisher auch bei der größten Vorsicht nie ganz zu vermeiden war, vollständig vermieden. Die Behandlung wird am einfachsten auf folgende Weise ausgeführt: Man befeuchtet das Holz zuerst mit einer in Wasser gelöstem Kampferöl und unmittelbar darauf mit einer anderen Schicht, die vorzugsweise aus einem Gemisch von Eisenpulver und Galläpfeln besteht. Diese beiden Substanzen dringen dann, sich gegenseitig verstärkend, in das Holz ein und geben ihm eine unzerstörbare feste Härte. In gleicher Zeit wird hierdurch das Eintragen von Firnis in die so behandelten Möbel verhindert. Ist das Holz nach dieser Behandlung eingetrocknet worden, so reibt man die Oberfläche zuerst mit einer dünnen Ouedenöl und darauf mit sehr pulverisierter Holzohle. Bei Behandlung der gezeichneten Stellen muß besonders feines Kohlenpulver angewendet werden. Die Anfertigung und Bereitung derselben erfolgt durch ein Flammglöckchen, welches man abwechselnd in Schwefel- und Terpentinöl taucht, denn diese Behandlungsmethode eine Zeit lang fortgesetzt wird, so bringt das Kohlenpulver und das Öl in das Holz ein und verleiht ihm eine schöne Farbe, wie sie durch Firnisse und Lacken niemals zu erreichen ist.

Ueber das Zeichnen.

Das Zeichnen ist nicht nur für den Gelehrten und Bedingenden, als Hülfsmittel des Gedankens von Kunst- und Kunstgewerblichen Gegenständen, sondern vor allen Dingen auch für den Gewerbetreibenden eine Nothwendigkeit geworden. Die Beschäftigung, in denen wir leben, bringen es mit sich, daß Alles handwerklich herzustellen, nicht nur die einzelnen Gewerbetreibenden unter sich, sondern auch die Städte untereinander und sogar die Länder durch die gegenseitige Verkehrsverhältnisse der Kunst die Länder der ganzen Welt und sich hierdurch geben sich verstehen in Bezug auf Stoffe, die die Welt vorher noch keines gekannt hatte und aus welchen die Menschen auf allen Gebieten mit Eifer hervorgehen, ja auf einzelnen Gebieten, durch den Fortschritt, das die einzigen Hülfsmittel in der Technik geworden sind, das Fortschreiten und die Beschäftigung. Wer auf dem Wege der Kunstfertigkeit will, der muß in Form, Farbe und Größe der Arbeit das Beste und Vollständigste leisten. Die Künstler, die geistlich werden, sind ganz anders und haben auch auf der Arbeit nicht, indem sie gerade vor ihr diese ganz Arbeit verlangen, was der Mensch, der keinen anderen Kräfte hat, gerade eine gewisse geschmackvolle Arbeit herstellt, wird mit immer neuen besseren Methoden

und dauernde Arbeit finden, eher als ein solcher, dem diese Eigenschaften abgehen. Die Arbeiter, und ganz insbesondere die auf dem Gebiete des Kunstgewerbes schaffenden (Tischler, Drechsler, Holzbildhauer, Tapezierer usw.), soweit sie Lust und Liebe zum Berufe haben, werden ihre Bildung immer mehr vervollkommen, werden Sammlungen und Ausstellungen besuchen, öffentliche und Vereinsbibliotheken benutzen, Vorträge hören, die Gesellschaft von Künstlern und Philosophen aufsuchen und vor allen Dingen sich immer mehr und mehr in allen Fächern des Zeichnens und vielleicht auch des Modellirens auszubilden suchen.

Der Weltmarkt bringt es mit sich, daß die Industriestaaten auf eine bessere und schönere Form der in den Fabriken und Werkstätten erzeugten Arbeiten sehen müssen und daß dieselben den Ansprüchen der verschiedenen Völkerschaften der Welt, sowie den verschiedenen Geschmacksrichtungen genügen, und war es daher auch geboten, nicht nur Kunstgewerbeschulen und Museen zu errichten, sondern auch in den Volksschulen dem Zeichenunterricht eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und um denselben während der Lehrzeit fortsetzen zu können, Fortbildungs- und Handwerkerfchulen zu errichten, in welchen das Zeichnen des Sonntags und Abends, hier und da auch in den Tagesstunden der Woche, mit mehr oder weniger Erfolg gepflegt wird. Auch die lernbegierigen Arbeiter, die die Welt kennen und gereift sind, hier und dort in guten Werkstätten gearbeitet haben und daher wohl wissen, was verlangt und gewünscht wird, errichteten sich selbst, um sich weiterzubilden, Schulen, d. h. sie schufen sich Vereine, in welchen Vorträge gehalten werden, Besprechungen über geschäftliche Angelegenheiten stattfinden, Bibliotheken angelegt werden und vor allen Dingen Buchführung, Schreibrbeiten und Rechnen gelehrt wird und namentlich Zeichenunterricht stattfindet, und ist es eine wahre Freude, zu sehen, mit welcher Lust und Liebe sich diese Männer der Arbeit, die sich am Tage müde gearbeitet haben, noch des Abends oftmals mit steifen und verkrümmten Fingern, bei ungünstiger Beleuchtung und beschränktem Platz dem Zeichnen widmen. Jung und Alt sitzt da nebeneinander um das, was ihnen die Schule und die Lehre, die sie beuchten, verstanden, nachzuholen. Solche Vereine werden aber nicht etwa, wie man meinen sollte, gefördert, sondern im Gegentheil, sie werden in ihren humanen Bestrebungen nach allen Seiten hin gehindert, polizeilich überwacht, unter das Vereinsgesetz gestellt, ihnen die Mitgliederliste abgefordert, ja sogar das Zeichnen am Sonntag Vormittag verboten usw., und bei der geringsten und unbedeutendsten Uebertretung wohl gar aufgehoben und die Vorstände in Strafe genommen oder gar in das Gefängniß gesteckt. Doch auch die von den Jungen unterhaltenen und geleiteten Fachschulen dürfen den Sonntag Vormittag nicht mehr wie früher zum Zeichnen benutzen, sondern nur einige Stunden des Morgens und Mittags, vor und nach der Kirche, hierzu verwenden. Die Herren Geistlichen, die dies durchzusetzen verstanden haben, sollten bedenken, daß sie durch diesen Beschluß die Fortentwicklung Laien der gehemmt, daß sie sich durch denselben keine Freunde, noch weniger aber Kirchengänger geschaffen, sondern sich Feinde und eine starke Opposition gegenüber haben.

Doch auch die Direktoren, Innungsmeister u. A. hätten gegen diesen mittelalterlichen Beschluß Verwahrung einlegen und denselben zu Falle bringen sollen. — Wohl räsonnirten und sich bemühten sie in der Kneipe und in der Werkstatt über die Sache, doch dabei blieb es, öffentlich gegen diesen rückwärtigen Beschluß aufzutreten, dies wagte keiner. — Hoffentlich erleben wir noch bessere Zeiten, wo das Zeichnen, nach vernünftigen Grundgesetzen geleitet, schon mit dem 6. oder doch dem 8. Lebensjahre beginnt, und dem Handwerker Zeit genug zu seiner Ausbildung gelassen.

Alle Fachveretne und Schulen, die die Fortbildung und namentlich auch das Zeichnen auf ihre Fahne geschrieben, sollten durch Unterstützung von namhaften Geldbeiträgen, von unentgeltlicher Ueberlassung von Zeichen- und Hörjalen usw. unterstützt und auf die weitgehendste Art und Weise nicht nur vom Staat, sondern auch von den Kapitalisten, Fabrikanten und wohlhabenden Meistern und Freunden des Handwerkes gefördert werden. Konkurrenz-Zeichnen sollte veranlaßt und unentgeltliche Vorlesungen über Architektur, Stil, Kunstgeschichte, Ornamentik, Geradlinig usw. gehalten werden. Ferner sollten, nachdem die ständige Arbeitszeit eingeführt, auch des Sonntags und Abends bis 10 Uhr sämtliche Sammlungen und Bibliotheken (selbstverständlich bei elektrischer Beleuchtung) geöffnet sein, um so dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, dieselben besuchen und seinen Geschmack bilden zu können.

Das Zeichnen ist eine Fertigkeit, mit dessen Hilfe man sich das, was man sich im Geist vorstellt, auf einer Fläche darzustellen lernt; so z. B. zeichnet der Bildhauer ein Ornament, der Tischler ein Möbel, der Drechsler eine Säule oder einen Fuß, der Geograph die Grenzen eines Landes, der Botaniker eine Pflanze, der Maler eine Landschaft, Figur oder Genre-scene. Das Zeichnen selbst ist uralt, und sei nur an die Ausgrabungen, die bei Mohamban und anderen Orten, in alten Gräbern, im Höhlen usw. gemacht worden, erinnert. Man findet dafelbst eigenartige Darstellungen von Menschen und Thieren, namentlich vom Hirsch, die, wenn auch roh und unbeholfen, doch ein feines Gefühl für richtige Verhältnisse, sowie Raumvertheilung und schöne Formen bezeugen. Auch ist das Zeichnen die erste und älteste Schriftsprache und sei hier nur an die vielbesprochenen und beschriebenen Ausgrabungen der Ägypter, Chyterer erinnert, an deren Tempelmauern und Grabmälern sich die Geschichten von Dynastien und ganzen Völkern befinden; auch daran sei erinnert, daß schon ganz kleine Kinder, noch ehe sie die Schule besuchen und Schreiben lernen, sich mit Zeichnen und Malen beschäftigen und zuweilen in ganz drastischer und leicht verständlicher Weise ihre Gedanken und Anschauungen auszubilden vermögen.

Zur Zeit des Pythagoras und Aristoteles wurde das Zeichnen schon allgemein betrieben und vor allen Dingen auch in den Schulen eingeführt, weil eben das Zeichnen den Sinn für Schönheit und Kunst fördert und das beste Bildungsmittel genannt werden muß, an das sich dann Geometrie, Projektion, Schattenschraffur, Perspektive und die Naturwissenschaften anlehnen. Daher kommt es denn auch, seit der Wirth des Zeichnens als Bildungsmittel anerkannt wird, daß die Pädagogen das Zeichnen allgemein eingeführt müßten, erweckt doch dasselbe auch den Sinn für Schönheit und fördert den guten Geschmack, verleiht Geist und Gemüth.

Doch darf selbstverständlich das Zeichnen nicht schematisch und trocken, sondern, soll es den gewinnreichsten Nutzen schaffen, lebendig und gesund und vor Allem auch mit Aufklärung an die Natur geknüpft und durch Beispiele mancherlei Art unterstützt werden. Besonders ist es, in den Zeichenstunden, namentlich

der älteren Fach- und Fortbildungsschüler, die kunsthistorischen Bilderbogen von Seemann nach und nach auszuhängen und dieselben zu erläutern, sei es durch einige Worte auf Stil, Herkunft und Entstehen der abgebildeten Gegenstände hinzuweisen, oder die Bauten, Kirchen, Schlösser usw. durch Vorträge zu erklären.

Eines Theils wirken diese Bilderbogen durch die vielen Figuren, Ornamente, Bauten, Geräte und Gegenstände aller Art, Gemälde, Möbel, Gitter, Gefäße, Schmuck, Waffen usw. aller Stile und Zeiten anregend und bildend und veranlassen wohl auch den und jenen jungen Mann, in die Fremde zu gehen, um Land und Leute kennen zu lernen, um sich die verschiedenen Städte anzusehen und ihre Bauten und Museen zu studiren, was dann weiteren Nutzen nach sich ziehen dürfte.

Auch die sogenannten gebildeten Stände bedürfen des Zeichnens, da es der Arzt, doch zuweilen auch der Jurist, namentlich aber der Kaufmann recht nöthig bedarf, und wer es zum Beruf nicht braucht, dem erschließt es den Weg zur Schönheit und eröffnet ihm die Pforten der Kunst. Die schon oft ausgesprochene Meinung, daß, wenn das Zeichnen allgemein eingeführt würde, sich alsdann die Zahl der Künstler noch vermehren würde, dürfte wohl eine irrthümliche sein, da auch, weil alle Kinder schreiben und rechnen sowie singen lernen, doch nicht Alle Gelehrte, Kaufleute oder Sänger, so auch nicht Alle Künstler, Kunstgewerbetreibende und Handwerker werden, und wohl auch nicht, weil nicht gewinnbringend genug, werden wollen; doch wird der Sinn für Kunst, für schöne und edle Formen geweckt und geklärt, und vor allen Dingen, was doch die Hauptsache ist, „Sehen“ gelehrt, was so vielen, trotz gesunder Augen, abgeht. Selbstverständlich brauchen auch die Tischler, Drechsler, Holzbildhauer, Korbmacher und andere Gewerbetreibende das Zeichnen sehr notwendig, doch kann oftmals bemerkt werden, daß ein guter Zeichner nicht immer ein guter Arbeiter und ein solcher nicht immer ein guter Zeichner ist; auch daß über die verwendeten Motive oftmals nicht gehörig nachgedacht und dieselben falsch benutzt wurden, doch dies Alles ist nur auf mangelhaften Zeichenunterricht und fehlerhafte Ausbildung, zuweilen auch auf einen kläglichen Lohn zurückzuführen.

Bei Kunstgewerbetreibenden soll und muß das Streben, sich weiter fortzubilden, vorherrschend sein, da sie sonst von dem immer stürzenden Rabe der Zeit überflügelt würden. Selbstverständlich gehört viel Willenskraft, Zeit, Ausdauer, auch etwas Geld dazu, doch wird der aufgewendete Fleiß und die viele Mühe auch seine Belohnung in dauernder und vermehrter, sowie besser bezahlter Arbeit finden. Die hier und da auftauchende Ausrede, die man zuweilen hört: „Ich habe kein Talent!“ ist durchaus nicht stichhaltig. Man solle nur erst kleine und einfache Sachen, Naturstudien und Pflanzen, so die des Epheu, des Weines, Ahorn, Erdbeere, Jasmin, Löwenzahn, Raiblümchen usw., ferner schöne Gesimse und sonstige Gliederungen, einzelne Säulen, Füsse, Pfeiler, Spigen, Aufsätze, Füllungen) und Anderes mehr in Naturgröße und dann in einem bestimmten Maßstab verkleinert zeichnen und wenn dies gelungen, dann weiter fortfahren, Verschiedenes kopiren, und wenn oft gezeichnet wurde und das Gezeichnete geliebt ist, dann wird neben dem Erfolg und der Freude am Gelingen auch die Lust, weiter zu lernen und zu schaffen, erwachen.

Vor Allem sollte sich jeder ein Skizzenbuch zulegen und sollten solche schon in den Fortbildungs- und Handwerkerfchulen eingeführt und auch in denselben das Skizziren gelehrt werden, damit jeder junge Mann, wenn er einen schönen Gegenstand oder nur einen Theil eines solchen in der Werkstatt sieht, oder wenn er Museen und Sammlungen, Kirchen und Rathhäuser, Schlösser und andere sehenswerthe Bauten besucht, einzelne Theile, Wandverkleidungen, Maskons, Gallerien, Kirchenbauten, Kanzeln, Möbel, Säulen, Füllungen, Ornamente, Kapitale und sonstige interessante gestaltete und ihm einmal nützlich werden könnende Gegenstände aufnehmen und skizziren kann, und ich weiß aus meiner Praxis als Zeichenlehrer an einer sächsischen Tischlerfchule, daß einige meiner Schüler, obgleich sie nicht zu den begabtesten, jedoch mit zu den fleißigsten gehörten und die meinen Rath befolgt hatten und Skizzenbücher auf der Reise mit sich geführt, hier und da Verschiedenes aufgenommen, auch alles Sehenswerthe besichtigt hatten, nach Mittheilungen, die wir aus Augsburg, Nürnberg, Gmünd, Jülich, Lissabon usw. zugingen, doch nach und nach ganz tüchtig geworden waren und ihrem Prinzipal durch Rathschläge und Entwürfe, trotz der gesammelten Skizzen und Erfahrungen, auf das denkbar Beste unterstützten und inselgebeßen trotz der Geschäftsflaute immer Arbeit und Beschäftigung hatten.

Vor Allem sollte in Vereinen und Schulen das Konkurrenzzeichnen eingeführt werden und alle Schüler und Mitglieder von dem Jüngsten bis zu dem Ältesten an demselben theilnehmen. Hierdurch wird, wie Schreiber dieser Zeilen durch sehr viele Beispiele beweisen könnte, das Talent, die schlummernde Kraft, sowie das Ehrgefühl geweckt und Anregung zum Beobachten und Schaffen gegeben und namentlich wirkt dasselbe dann nützlich, wenn die eingelefertten Zeichnungen einer eingehenden und sachgemäßen Kritik unterzogen und die besten von ihnen mit Prämien (Gedichtworten, Blättern vom Münchener Kunstgewerbeverein, Festen der Volkshunst usw.) ausgezeichnet werden. — Zugleich sei hier auch auf Hollein und Albrecht Dürer hingewiesen, die sich aus dem Handwerke heraus, ja fast ganz von selbst — da zu damaliger Zeit noch nicht die Bildungsmittel wie heute, Museen, Akademien und Kunstgewerbeschulen zur Verfügung standen — zu Künstlern und Kunsthandwerkern entwickelten und sich unvergänglichen Ruhm erwarben und fort-dauernd jetzt noch anregend und belehrend unter uns wirken. — Es ist durchaus nicht notwendig, daß alles Das, was da gezeichnet wird, auch praktisch, d. h. ausführbar ist; nothwendig ist nur, daß es schön sei und schon Aristoteles macht darauf aufmerksam, indem er sagt: „Man solle nicht so auf den praktischen Nutzen sehen, vielmehr nur auf das Gute und Schöne,“ und wer diese kann, dem wird dann schon Gelegenheit gegeben werden, Praktisches und Brauchbares zu zeichnen. — Vor Allem ist es auch wichtig, wenn die verschiedensten Bauwerke alter und neuer Zeit, die Sammlungen und Museen unter der Leitung eines sachkundigen Lehrers mit etwa jedesmal 5-10 Theilnehmern besucht und auf die hervorragenden und besten Stille aufmerksam gemacht und vor dem Besuche derselben Vorträge über dieselben gehalten und deren Stil, Entstehung, Bedeutung

Die guten und entsprechend billigen Werke von Kramer und Behrens, Huber, Pope und vor Allem die der Volkshunst von Schwandorff in Hamburg (das einzelne Heft 70 ct) mögen mit ihren originellen Ornamenten, Gesimsen, Säulen und Möbeln hiermit allen Fachgenossen empfohlen sein.

Briefkasten der Redaktion.

Zur Beachtung für unsere Korrespondenten. Wir bitten wiederholt, nur schmales Papier zu gebrauchen und es nur auf einer Seite (und zwar nicht zu eng) zu beschreiben.

Wiesbaden, G. G. Das geht nicht, Hintertreppenkampfen können und wollen wir nicht treiben. Gewiß hat der Kollege, welcher sowohl im Glaser- als auch im Holzarbeiterverbande Mitglied ist, Recht, wenn er sich in seinem Eingeklagten darüber beschwert, daß der Vorstand des Glaserverbandes eine einseitige Stellung einnimmt, und der Ausschuss sogar unrichtige, unwahre Gerüchte in der betreffenden Verbandszeitung ausstreut, aber unmöglich können wir seinem Wunsche, uns mit

der Redaktion des „Glaser“ in die Haare zu fliegen, nachkommen. Wenn dieselbe diejenigen Einsendungen, die ihr nicht passen, nicht aufnimmt, so ist das ungehörig, aber immerhin ist das Sache der Redaktion selbst, über welche wir zu Gericht zu sitzen weder Anlaß noch Berechtigung haben.

Dresden, G. H. Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen eine Zahnstocherfabrik nachweisen zu können; vielleicht giebt uns einer der Kollegen Auskunft darüber. Wir bitten darum! Ebenso bitten wir die Kollegen aus der Gegend von Wiesbaden, uns einige Bezugsquellen für Wachs- und Nachtisch-Aufsätze in welchem Marmor mittheilen zu wollen.

Schuberg b. Liebau, J. R. Ja; der Betrag M. 4,40 ist einzuwenden.

Sackung, F. B. Erst Mitte März, wird dann aber besorgt.

Göppingen, G. Sch. Was für Bücher meinen Sie, von denen die Firma Jensen & Co. in Hamburg im Verlag hatte? Die Bestellkarten frankiren Sie nur mit 5 A. In letzter Zeit sind selbige mehrfach zurückgewiesen, und mußten wir deshalb je 17 A. Strafporto zahlen.

H. B. L. Spiegelglas liefern die Firmen Emil Marx, Leopold Heilbronn, Bernhard Stein, sämmtlich in Fürth, Bayern. Die letztere Firma liefert fertige Spiegel und Spiegelgläser in jeder Größe.

Guben, Kenmann. Nach dem Gesetz vom 21. Juni 1869, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes, findet diese Bestimmung keine Anwendung: 1. Auf das Gehalt

und die Dienstbezüge der öffentlichen Beamten. 2. Auf die Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben (die derartigen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen, sofern diese Steuern und Abgaben nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind. Ihre Frage beantwortet sich also dahin: Die Behörde war berechtigt, den Lohn zu pfänden, jedoch nur für die rückständigen drei Monate. Der Meister war verpflichtet, den für drei Monate entfallenden Steuerbetrag vom Lohne abzuziehen. Den Betrag über drei Monate hinaus abgezogen wurde, müssen Sie bei der Steuerbehörde reklamiren. Für Kranken- und Invaliditätsbeiträge durften Ihnen nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden, nicht aber für längere Zeit Abzüge gemacht werden.

Colberg, K. B. Bei Herrn Rud. Voose, Hamburg, Pferdemarkt 36.

Briefkasten der Expedition.

Crimmitschau. Den Betrag von M. 2,21 haben wir mit dem Vorstand verrechnet, ebenfalls werden wir auch den am 21. d. Mts. eingeklagten Betrag von M. 3,39 mit dem Vorstand verrechnen.

Bergedorf. Aufforderung 30 A, Bergnügungsanzeige M. 1,80. Preetz. M. 1.

Berichtungs-Anzeiger.

Eilenburg. Am Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr.

Dresden. Verein der Holzarbeiter. Am Dienstag, den 6. März, Abends 7 1/2 Uhr: Vereins-Versammlung im „Bürgerbräu“, Altmarkt 8, 1. St. In dieser Versammlung wird der Herr Landtagsabgeordnete Goldstein den am 20. Februar ausgefallenen Vortrag halten. Um zahlreichem Besuch ersucht.

Hamburg. Am Dienstag, den 6. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Köhler, Valentinstamp (H. Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen F. Lüh, (Fortsetzung über den deutschen Bankerstreik). 2. Die Unterstüßung der Bremer Agitations-Kommission.

Seine. Am Dienstag, den 6. März, Abends 8 Uhr. Die Kollegen werden ersucht, der wichtigen Tagesordnung halber, alle zu erscheinen. Die Lokalverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseres Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Kempten. Herberge und Verkehrslokal im Garkuchens-Goldenes Hof.

München. Die Adresse des Bevollmächtigten Hermanns: Hofing-Könchenstr. 14. Ueber innere Angelegenheiten der Verwaltung siehe ebenfalls auch der Redakteur, Joh. Niesel, Theresienstr. 118, Hochstraße III. I., auswärts.

Oberbach. Bevollm. Ludw. Dertinger, Lantzenstr. 22, II. Redakteur Karl Gremloch, Friedrichstr. 20, IV. Keilmannverlegung zählt C. Eichert, Karlerstr. 19, Ecke der Ziegelg., von 12-1 und 7-8 Uhr aus.

Waldheim. Bevollmächtigter B. Seiler, Waldheim Ehrenberg. Keilmannverlegung zählt H. Seibt, Bahnhofsstraße 75 b, auswärts. Die Mitgliedsverzeichnisse finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats aus.

Aufforderung.

Der Tischler Joh. Schmalz, geboren den 24. Februar 1807 zu Eilenburg, Buch-Nr. 26927, und Ernst Hürstler, geboren den 1. Februar 1804 zu Berg Buch-Nr. 26911, werden hiermit aufgefordert, ihren Verbindlichkeiten der Jagdbehörde gegenüber nachzukommen.

Die Lokalverwaltung Dresdenburg. J. A. C. Paris, Besold.

Der Tischler Franz Blawer mit Frau und Kindern. Seine Adresse ist oben zu finden. 30 A. Drei Ziegel, Semmering 75. Straße.

Zur Beachtung.

Die Verwaltungsberechtigten mache ich darauf aufmerksam, daß ich mein Mitgliedsbuch 8556 verlor. Bitte Bescheid zu geben. Friedrichstr. 118. E. Seiler.

General-Kranken- u. Sparcasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. 6 A. 1. in Hamburg.

Kempfen. Revolutions-Gesetz Buch, Verlag August Buchholz 18 III. 1864.

General-Kranken- u. Sparcasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. 6 A. 1. in Hamburg.

Waldheim. Bevollmächtigter B. Seiler, Waldheim Ehrenberg. Keilmannverlegung zählt H. Seibt, Bahnhofsstraße 75 b, auswärts. Die Mitgliedsverzeichnisse finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats aus.

Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und im Tischlerfach beschäftigten Arbeiter für Hamburg und Umgegend. (Eingeschriebene Kasse Nr. 21.)

General-Versammlung

am Montag, den 5. März 1894, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Hamm, Gäujermarkt 35, „Leffing-Halle“.

Tagesordnung:

- 1. Verwaltungsbericht nebst Abrechnungsvorlage pro 1893. 2. Renouveau des Gesamt-Vorstandes sowie dessen Ersatzmänner. 3. Renouveau des Gesamt-Ausschusses sowie dessen Ersatzmänner. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Nach Schluß obiger Versammlung:

General-Versammlung

der Frauen-Sterbekasse der Tischler Nr. 477.

Tagesordnung:

- 1. Abrechnungsvorlage von 1893. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Zum Schluß:

General-Versammlung

der Mitglieder des Sanitätsvereins.

Tagesordnung:

- Bericht der Delegirten, Diskussion und Renouveau des Vorstandes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Würzburg a. Ruhr.

Unter 2. diesjähriges Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball, findet am Sonntag, den 10. März, im neudecorirten Saale bei Herrn Bremer, in der „Lohnhalle“, statt. Anfang 4 1/2 Uhr.

Alle Löhnen, sowie die Kollegen der umliegenden Jagdstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.

Die Lokalverwaltung.

Sauterberg a. Harz.

Sonnabend, den 10. März 1894:

Großes Gewerkschaftsfest,

bestehend in Theater und Ball. Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 50 A. Alle Freunde sind hierzu freundlichst eingeladen. M. 150.] Das Comité.

Solide Holzdrehstler,

auch verzeihlich, auch der sofort B. Homann, Bad Deynhausen.

Für Schreiner und Stuhlmaher.

Gesucht 2 tüchtige Arbeiter auf geschweifte Arbeit, welche selbstständig arbeiten können. 17 an F. Kühne, Fürth, Dufourstr. 157.

Gesucht ein Bildhauer

für Dilgards Möbelfabrik, Apenrade.

Zu vermieten oder zu verkaufen ist in Ober-Crimmitschau 5 Doppelzimmer ein Haus mit modernem Holz- und Gemülegarten, passend für Tischler, Stuhlmaher oder sonstiges Gewerbe. Uebernahme 1. April 1894. Adressen beliebig oder in Firma bei C. Stöbe, Schiffsstr. C. Fischer, Tischlermaher.

VB nach Berlin, soweit thunlich, die vorhandenen Kunden übermitteln werden.

Die Schule für Bau- u. Möbel-Tischler zu Neustadt i. Meckl. beginnt das Sommer-Semester 1894 am 1. Mai, den Vorunterricht hierzu am 12. April. Weitere Auskunft erteilt der Direktor Jentzen.

Paul Horn, Hamburg

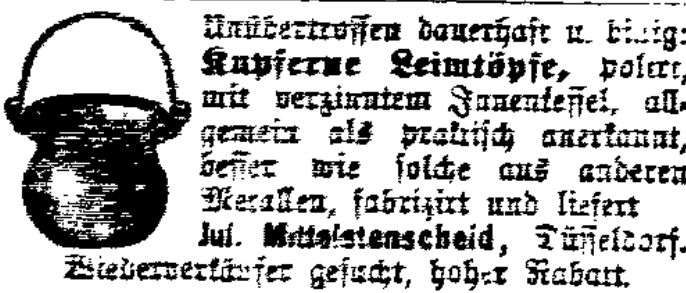
Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrenplom der Drechalerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Waldemar Augustiny
Bathhausmarkt 20, Altona.
Spezialität:
Tischler-Werkzeuge
Preislisten gratis.
Garantie für solide Arbeit
Gegründet 1800.



Unübertroffen dauerhaft u. billig:
Kupferne Leimtöpfe, polirt, mit verzinktem Innenteufel, allgemein als praktisch anerkannt, besser wie solche aus anderen Metallen, fabriktirt und liefert Jul. Mittelstenscheid, Füssenborf.
Ziebertenauer gesucht, hoher Rabatt.

Rehleisten
in allen Holzarten
Liefert in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen die
Holzbearbeitungs- u. Rehleistenfabrik
Gundlach & Asmussen,
Altona, Würkenstr. 24.

Arthur Hillert, Mittweida,
Instrumentenmacher,
empfiehlt ff Streichinstrumente u. Zithern, deren Bestandtheile und Saiten.

Hobelbänke
in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schabkanten und geschwiedeten Baukanten,
Blatt von | cm 155 170 190 200 230
3" Holz | M. 31 33 35 37 39
Schraubböcke u. Schraubzwingen,
Hermann Berge,
Liegnitz i. Schl.
Versand gegen Kasse und Nachnahme.
Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Kurz & Co. in Hamburg.

Wibrow & Schmidt,
Altona, Gr. Bergstr. 54.
Ausländ. Hölzer
und Journiere.
Auf Verlangen Briefe.